Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 144 25. SEPTEMBER 1976

D 1870 CX

INLAND

INTERNATIONALES

• frankfurter
• informationsdienst e.v
• hamburger allee 45
• 6000 frankfurt 90
• tel. 0611 70 43 52

• postadresse
• postfach 90 03 43
• 6000 frankfurt 90

• redaktionsschluß
• donnerstag 20 uhr

kontaktzentren

2000 hamburg
die halfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234 70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tubingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift
und abonummer angeben, gegebenenfalls
stichwort "neuabo" oder
"adressänderung".

INLAND

ZWEITES TREFFEN DER ALTERNATIVPRESSE

KASSEL (ID) 21. September — Die „Stadtzeitung für Kassel und Umgebung" hat in einem Rundschreiben zum zweiten Treffen der Alternativpresse eingeladen.

„Wie in Aachen vereinbart, führt die Stadtzeitung in Kassel das zweite Treffen der Alternativpresse vom 8. bis 10. Oktober durch. Leider haben wir erst jetzt die Zeit gefunden, euch dazu einzuladen. Das Treffen findet in der Hochschule für Bildende Künste (HBK), Menzelstraße 13,statt. (Genauer Lageplan geht euch rechtzeitig zu.)

Das Essen wird dorthin angeliefert und kostet pro Mahlzeit 4,10 DM. Bringt also ein wenig Geld für Essen, Hausmeisterentgelt und Porto mit.

Anmelden müßt ihr euch bis zum 1.10. unter der Telefonnummer 0561/40 31 44. Sagt dann auch, ob ihr Freitagabend oder Samstagmorgen ankommt, wegen der Schlafplätze. Ein Tagungsprogramm und die inhaltliche Vorbereitung der Fragestellungen geht euch kurz vorher zu.

PS: Jede Redaktion sollte höchstens drei Leute mitbringen, weil wir sonst nicht für mehr Übernachtunsmöglichkeiten garantieren können."

Stadtzeitung, Zeche-Marie-Weg 7, 3500 Kassel

ACHTUNG:
Der Kontostand des Solidaritätsfonds beträgt am 22. September 1976 DM 707,25. Alle sind nochmal aufgefordert, bis zu Kasseler Treffen ihren Anteil einzuzahlen.

INTERNATIONALER KONGRESS DER ATOMENERGIEGEGNER

HANNOVER/NIENBURG/ LUTTERLOH (ID) 22.September — Vom 17.9. – 19.9. fand in Hannover ein internationaler Kongreß der Atomenergiegegner, organisiert von der BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz), statt. Vertreter von Bürgerinitiativen und Wissenschaftler aus 7 europäischen Ländern waren versammelt: Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Schweiz, Österreich,BRD.

Diskutiert wurden die Probleme der Wiederaufbereitungsanlagen und der Widerstand dagegen. Es nahmen ungefähr 100 Menschen teil. Selbst Ministerpräsident Albrecht und Oppositionsführer von Oertzen fühlten sich gemüßigt, die Konferenzteilnehmer zu empfangen (die haben ganz schön Schiß, gell?).

Im Rahmen dieses Kongresses hatten die regionalen Bürgerinitiativen in Lutterloh und Lichtenhorst (siehe ID 135, 140/141,143) Veranstaltungen vorbereitet. Am Abend des 17.September fand in Nienburg eine öffentliche Info -Veranstaltung statt. Hier nahmen auch die Kongreßteilnehmer aus Hannover teil. Die ausländischen Gäste verlasen Solidaritätserklärungen und berichteten über denWiderstand in ihren Heimatländern.

Am 18.September gab's in Lutterloh in unmittelbarer Nähe des vorgesehenen 2.Bohrplatzes (Salzbohrungen, erste Bohrung ist bereits runter, Ergebnisse waren nicht ausreichend – deshalb noch eine zweite Bohrung) eine große Freiluftveranstaltung der örtlichen Bürgerinitiativen. Der Titel: „Gehen wir in die Pilze". Außer Pilze sammeln gab's Musik, Grill und massenhafte Informationen (die auch massenhaft mitgenommen und gelesen wurden. Es lag z.B. kein einziges Flugblatt auf der Erde rum oder im nächsten Papierkorb). Über 3000 Leute waren gekommen, auch Vertreter der Bürgerinitiativen aus der gesamten BRD. Es wurden mehrere Kurzreferate gehalten, aber hauptsächlich diskutiert und ein wenig musiziert.

Auffällig war die Begeisterung der Menschen, als die Besatzertruppe aus Lichtenmoor ihre Lieder vortrug – die übrigens bald als Platte rauskommen.

Zur Situation in Lutterloh: Der zweite Bauplatz ist bereits eingezäunt und betoniert. Mit Einfahrt und so. Die Bürger haben sich aber bis jetzt noch nicht getraut, diesen Zaun einzureißen und den Platz zu besetzen. Ein Info-Stand wurde eingerichtet – tagsüber mit 2 Leuten besetzt – beobachtet ständig und informiert Besucher. (Eine Jagdhütte des „Jägermeister"-Chefs wurde der Bürgerinitiative zur Verfügung gestellt).

Am Abend wieder Informationsveranstaltung – die auch sehr gut besucht war. Sonntags dann wieder der obligatorische Info-Frühschoppen im Lager.

KKW-BAUPLATZ ZUR PROBE BESETZT

UENTROP (ID) 20. September — Die sieben Initiativgruppen gegen den geplanten Bau eines Druckwasserreaktors in Uentrop-Schmehausen (bei Hamm) haben vom 8. August bis 9. September ein Zeltlager in unmittelbarer Nähe des Kraftwerksgeländes errichtet. In Uentrop sind bereits zwei Kohlekraftwerke in Betrieb, ein Thorium-Hochtemperaturreaktor-Prototyp, dessen Inbetriebnahme sich ständig weiter hinausschiebt (frühestens 1979) ist im Bau.

Die Genehmigung für den 1.300 MW-Druckwasserreaktor (DWR) sollte ursprünglich im Sommer 76 fertig sein, wird jetzt aber erst im Winter erwartet. (Dies ist der erste DWR, den die NRW-Regierung genehmigen muß).

Das Zeltlager, auf dem sich ständig fünf bis fünzig Personen aufhielten, die meisten immer nur für kurze Zeit, sollte vor allem eine intensive Informationstätigkeit ermöglichen. Druckmaschinen, Bürozelt usw. waren vorhanden. Abends und sonntags kamen auch viele ältere Bürger aus der Umgebung, die sich am Büchertisch und an den Stelltafeln informierten. Von morgens bis spät in die Nacht schwärmten täglich die Teilnehmer des Lagers aus, um in Kneipen, Geschäften und an Ständen in den umliegenden Dörfern und Städten zu informieren oder einigen Bauern bei der Arbeit zu helfen. Man konnte die sichere Erfahrung machen, daß der Großteil der Bevölkerung das Atomkraftwerk zwar ablehnt, wegen der fast totalen Resignation jedoch kaum organisierter Protest entsteht.

Ab und zu ergaben sich spontane Aktionen wie z.B. ein Fackelzug zumGelände oder ein kurzer Auftritt mit viel Musik und Tanz neben den Kühltürmen. Bei dieser Aktion griff die Polizei zwar ein, war aber verwirrt, da sie nicht wußte, was es bedeuten sollte. Das Lager wurde Tag und Nacht sichtbar von der Polizei beschattet, jedoch entwickelte sich nach vielen Gesprächen ein entspannteres Verhältnis zu einigen der Polizisten aus der unmittelbaren Umgebung (Hamm). Pastor Schweitzer von der Bürgerinitiative Welver, der einmal vorübergehend festgenommen wurde, konnte sogar berichten, daß die KKW-Nein-Plakate auf der Hauptwache aushingen.

Als Höhepunkt des Zeltlagers wurde am 5. 9. eine Probebesetzung durchgeführt. Einige Tage vorher veröffentlichten die Zeitungen einen offenen Brief der Bürgerinitiativen an die VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke), in dem sie höflich aufgefordert wurde, einen geeigneten Platz für ein Informationszelt der Bürgerinitiativen auf ihrem Gelände zur Verfügung zu stellen. (Die VEW hat ein Propagandahaus im Wert von zweieinhalb Millionen Mark „in betont fachwerkgebundenem Stil" zwischen den Kühltürmen gebaut, vom Computer gesteuert).

Die VEW lehnte ab und verriegelte stattdssen das gesamte Gelände lückenlos mit einem neuen Stacheldrahtzaun. Am Sonntagvormittag, nach einigem Zögern (der Polizeidirektor versuchte persönlich,von der Besetzung abzuhalten), räumten dann die etwa 250 Teilnehmer den Stacheldraht etwas beiseite und schlugen gleich

neben dem Informationshaus ein Zelt auf samt Würstchengrill und Stelltafeln. Nach Polkatanz und vielen eigenen Liedern gab es dann eine Informationsveranstaltung. Die sogleich aus Bochum herangekarrte Bereitschaftspolizei wurde nicht eingesetzt, die ortansässige Polizei wäre für eine Räumung unbrauchbar gewesen (die Besetzer verteilten Würstchen an sie, die gerne angenommen wurden). Nach Verhandlungen zogen die Demonstranten dann gegen 14 Uhr wieder ab. Die VEW teilte anschließend mit, daß sie in diesem Fall auf Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch „verzichten" werde.

DEMONSTRATION AM 8. OKTOBER

Am 8. Oktober soll voraussichtlich das Propagandahaus der VEW eröffnet werden. Die Initiativgruppen laden hierzu ebenfalls herzlich ein. Besucher von außerhalb nehmen die Autobahn Kamener Kreuz in Richtung Hannover, zweite Abfahrt Soest/Ahlen. Das Kraftwerk liegt unmittelbar an der Ausfahrt.

Kontakt: Arbeitskreis Umwelt/Gertrudenstraße 22/4400 Münster.

VORLÄUFIG KEINE INBETRIEBNAHME DES KKW ESENSHAMM

ESENSHAMM/ OLDENBURG (ID) 22.September

In Esenshamm steht ein KKW (1300 MW), das jetzt im Sommer seinen Probebetrieb aufgenommen hat. Ursprünglich sollte es bereits im Oktober anlaufen, aber daraus wird vorerst nichts.

Am 13.September 1976 fand vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg das Hauptsacheverfahren in Sachen Esenshamm statt. Sechs Kläger der Bürgerinitiative klagen gegen die Inbetriebnahme. Das Verfahren des Fischers wurde von den übrigen abgetrennt und am Montag verhandelt. Es ging um das Kühlwasser, welches in die Weser einläuft und diese um 3° Celsius aufwärmen würde. Das hätte dann ensprechende Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt der Weser.

Um dieses Leben zu schützen, hatte das Land Niedersachsen schon vor längerer Zeit einen sogenannten Wärmelastplan für die Weser erstellt. Dieser erlaubt eine außernatürliche (industrielle) Erwärmung der Weser um 2° C/pro Betrieb. Das wurde vom Verwaltungsgericht richtiggestellt. Da die Weser aber durch die jetzt schon anfallenden Abwässer um mehr als 2° C aufgewärmt wird, darf KKW Esenshamm nichts mehr hinzufügen. Die Betreiber hatten nur vorgesehen, das KKW im Falle einer kritischen Erwärmung der Weser einfach abzustellen.

Das genügt nicht, sagt das Verwaltungsgericht. Die erste atomrechtliche Teilgenehmigung schreibt verbindlich vor: Kühltürme oder etwas entsprechendes. Das bedeutet jetzt: Vorerst keine Inbetriebnahme und auch der Probelauf kann eventuell jetzt per einstweiliger Verfügung gestopt werden. Die anderen Verfahren werden folgen und richten sich im wesentlichen gegen die Inbetriebnahme wegen der radioaktiven Verseuchung.

Zur Situation: Die Verhandlung war von vorneherein in einen größeren Saal außerhalb des Gerichts verlegt worden. Doch auch dieser reichte zeitweilig nicht aus und mußte geschlossen werden. Die Stimmung war ausgezeichnet. Klar ist für alle: Wir machen weiter bis die endgültige Stillegung erreicht ist.

UND WIEDER EINE VERSCHWIEGENE KKW-STILLEGUNG

NECKARWESTHEIM (ID) 20. September

Recht aufschlußreich ist die Berichterstattung in der SZ (Süddeutsche Zeitung) vom 17.9.76 über eine „Wallfahrt" von 25 Münchner Stadträten nach Biblis. Unterwegs machten die Räte und -innen auch im KKW Neckarwestheim Rast. Folgendes Zitat ist der SZ vom 17.9.1976 entnommen. Zwei Dinge treten dabei besonders deutlich hervor:

1. die zynische Öffentlichkeitsarbeit vonseiten der KKW-Betreiber,
2. die nirgendwo sonst gemeldete Stillegung des KKW Neckarwestheim.

Hier das Zitat:

„Daß es zumindest eine Reihe von Möglichkeiten gibt, die ein KKW auf Wochen hinaus lahmlegen können, hätte die Münchner Delegation beinahe schon am ersten Tag ihrer Exkursion erfahren. Deshalb nämlich, weil der Strahlenschutzfachmann des „Gemeinschaftskernkraftwerkes Neckar" bei Neckarwestheim, Wolfgang Bentele, gerade angefangen hatte, Kritik an seiner Anlage zu üben („Ich kann Ihnen das sagen, weil wir hier sozusagen unter uns sind." Vermutlich glaubte er sich unter Fachleuten.) Schließlich gab er aber nur noch eine positive Darstellung, nachdem er vom Münchner Werkreferenten Dr. Wilhelm Zankl darauf aufmerksam gemacht worden war, daß auch Journalisten anwesend seien ...

Stadträtin Maria Nindl (SPD) brachte endlich heraus, daß das Werk gerade wieder einmal stillstehe, weil die Kühlwasserpumpe bereits zum wiederholten Male nicht richtig arbeite." (SZ 17.9.76)

BÜRGERINITIATIVE VERHINDERT TRINKWASSERBOHRUNGEN

LICHTENHORST (ID) 23.September

Montag abend, den 20.September, entdecken Bauer in einem Wald (3 km Luftlinie vom Bauplatz) LKW's mit Bohrgestänge und Bauarbeiter beim Aufbau eines solchen Bohrturms. Das ständig besetzte Wachlager wird benachrichtigt.

Gespräche mit den Arbeitern und den zuständigen Behörden (sofern erreichbar) ergaben: Trinkwasserbohrungen im Auftrag der Stadtwerke Hannover. Es sollten Flachbohrungen (30 - 40 m tief) durchgeführt werden, um festzustellen, ob das Gebiet als Wassereinzugsgebiet für Hannover geeignet ist. Mehrere Brunnen sollen angelegt werden, aus denen dann stündlich 200 Kubikmeter Wasser abgesaugt werden über einen Zeitraum von 125 Tagen, um das Verhalten des Grundwasserspiegels zu testen und ob die Brunnen überhaupt so viel Wasser hergeben.

Die Frage war jetzt: Verbirgt sich hinter diesem Projekt die KEWA, die die WAA bauen will? (siehe ID 135,140/141, 143). Das schien nicht der Fall zu sein, aber genaues wußte man noch nicht. Deshalb wurde um 23.oo Uhr der Alarmplan in Gang gesetzt. Alle Leute sollten am Dienstag, den 21.9. um 6.oo Uhr an der Bohrstelle sein. Wer Zeit und Gelegenheit hatte, sollte sofort kommen.

Als wir um 0.30 Uhr im Lager eintrafen, waren noch ca. 30 Leute anwesend, die anderen wollten am Morgen wiederkommen. Wir diskutierten unsere Vorgehensweise für den nächsten Tag.

Um 6.00 Uhr versammelten sich ca. 60 Leute am Bohrplatz. Diskussionen mit den Arbeitern machten einen körperlichen Einsatz überflüssig. Die Bohrarbeiten wurden nicht aufgenommen. Der Bohrleiter fuhr in die Stadt und benachrichtigte seine Firma. Gegen 8.00 Uhr trafen dann ein Dipl.Ing. der Bohrfirma, die Polizei und der Förster am Bohrplatz ein. Es wurden alle Pläne ausgebreitet und erklärt, um was es sich hier handele. Wir waren jetzt fast 100 Leute.

Die PoPo traf ein, mehrere Streifenwagen, ein Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes Hannover, Vertreter der Stadtwerke Hannover, der Oberförster.

Auf einer Vollversammlung wurden jetzt noch einmal alle Informationen zusammengetragen und folgener Beschluß gefasst:

- keine Trinkwasserbohrungen bis klar ist, daß keine WAA (Wiederaufbereitungsanlagen) gebaut werden. (Was wollen die auch mit radioaktiv-verseuchtem Wasser?)
- Delegation zu den örtlichen Gemeindevertretern
- Delegation zu den verschiedenen Landesministerien nach Hannover.

Daraufhin wurde der Platz demonstrativ in Beschlag genommen. Infostand, Plakate und Zelt wurden aufgestellt, Eintreffen des Inspektionsleiters der Polizei aus Celle, der zuständige Mann für die Be-

kämpfung von Bürgerinitiativen. Gegen 11.00 Uhr Vollversammlung, ca. 250 Leute, viele Bauern.



Der Inspektionsleiter schlägt vor, die Versammlung mit einem Lied zu beginnen (Lichtenmoritat (ID 143),siehe Bild). Diskussion mit den Behörden- und Firmenvertretern über diese Trinkwasserbohrung.

Der Oberförster gibt bekannt, daß alle auf dem Waldweg befindlichen Fahrzeuge weg müssen, da er sie sonst aufschreiben müsse – was die Polizei aber schon lange gemacht hatte. Das war das Stichwort für die aufsässigen Bauern: sie protestierten energisch, daß die Bohrfahrzeuge (12 Tonnen) auf ihrer Privatstraße (zulässig 5 Tonnen) ohne Genehmigung gefahren seien (siehe Bild). Da sollte die Polizei mal einschreiten.

Hier haben die Bauern einen ganz konkreten Eingriff in ihr Leben bemerkt, den sie nicht hinnehmen wollten. Eine kaputte Straße kann man anfassen und sehen – das motiviert mehr als eine abstrakte Vorstellung.

Der Tag lief dann weiter mit dem üblichen Geplänkel: Polizei demonstriert Präsenz, schreibt alle Autos auf, Kontrolle auf Verkehrssicherheit auf der einen Seite; auf der anderen Seite fröhliches Beisammensein, Lieder singen, Pilze suchen, diskutieren.



Um 20.00 Uhr Lagerversammlung mit mindestens 300 Leuten. In den umliegenden Dörfern wurden Flugblätter und Plakate verteilt.

Bericht der Delegationen: Die Gemeindevertreter waren nicht aufzutreiben. Die Delegation nach Hannover wurde schon überall erwartet und bekam verschiedene schriftliche Bestätigungen, daß die Trinkwasserbohrungen nur für die Stadtwerke seien und nicht für die KEWA.

In der anschließenden Diskussione wurde deutlich: Es versteckt sich hinter diesen Bohrungen nicht die KEWA – jedoch werden alle Meßergebnisse beim Landesamt über diesen Umweg doch zur KEWA gelangen.

– Das Trinkwasserprojekt ist nicht so dringend, daß damit nicht noch gewartet werden könnte.
– Das Trinkwasser ist beim Bau der WAA sowieso nicht zu gebrauchen
– Jegliche Aktivitäten in und über der Erde, die einen Zusammenhand mit der WAA vermuten lassen, müssen von Anfang an gestopt werden.

Das bedeutet: Der Platz bleibt solange besetzt, bis klar ist, daß keine WAA gebaut wird oder bis die Maschinen abrücken.

SCHWEIZER KKW-NEIN-KOMITEE SCHICKT BRIEF AN WALTER SCHEEL

CAROUGE (ID) 22. September

Anläßlich einer Manifestation gegen den Bau des schnellen Brüters in Malville (Frankreich) wurde vom „Komitee gegen das KKW in Verbois" der nachfolgende Brief in Genf an das deutsche, französische und italienische Konsulat für den jeweiligen Regierungschef übergeben:

„An den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Genf, den 16. September 1976

Geehrter Herr Präsident,

seitdem am 15. April 1976 durch die französische Regierung beschlossen wurde, in Creys-Malville einen Brüter zu bauen, breitet sich in weiten Kreisen der schweizerischen und besonders der Genfer Öffentlichen Meinung eine steigende Unruhe aus.

Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß dieser Entschluß eine tiefgreifende Division der wissenschaftlichen Kreisen Deutschlands, Frankreichs und zahlreicher Länder zur Folge hat. Wir nennen zum Beispiel Herrn Professor Lew Kowarski, ehemaliger Direktor der CEA (Kommissariat für Atomenergie, Frankreich) von 1946 bis 1954, der darauf bestand, auszudrücken, mit welcher Zurückhaltung er diesem Projekt gegenübersteht („Le Monde" vom 24.7.76). Mehrere französische Wissenschaftler sprachen sich im selben Sinne aus während des Sommers.

Kürzlich (vom 26.-31.8.) fand in Mühlhausen, DDR, die Zusammenkunft der internationalen Bewegung Pugwash statt, die Persönlichkeiten aus naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Universitätsfakultäten umfaßt. (Pugwash-Bewegung: benannt nach dem Ort in Kanada, an dem sich 1946 zum ersten Male die Wissenschaftler getroffen haben, die angesichts der ersten Explosion der Atombombe 1945 Skrupel bekamen und sich der militärischen und auch der zivilen Nutzung der Atomenergie widersetzen. Anm.d.Red.) Diese Wissenschaftler fühlen sich besonders getroffen durch die Verbreitung der Spaltprodukte und der Kernenergie und kamen zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. daß eine endgültige Entscheidung betreffend die Aufbereitung der radioaktiven Abfälle und die Brüter ohne große Schwierigkeiten um ca. zehn Jahre hinausgeschoben werden könnte;
2. daß die Regierungen mit Vorsicht handeln und sich Zeit lassen sollten, bevor sie zu einer Politik der Anschaffung von Brütern und Aufbereitungsanlagen greifen;
3. sie fügten hinzu, daß eine viel größere Anstrengung geleistet

werden sollte, um die Forschung und die Entwicklung anderer Energiequellen zu fördern, besonders der Sonnenenergie.

Dieser Rapport – in einem vorsichtigen Kongreßstil abgefaßt – ist alarmierend für jeden, der die Giftigkeit des Plutoniums kennt. Hingegen berichtet er knapp über drei folgende Aspekte, die uns auch wichtig erscheinen:

a) Alle Entschlüsse, die Kernenergie betreffend, werden von zentralen Gremien gefaßt; es gibt keinen politischen Weg, auf dem die Bevölkerung ihre Meinung ausdrücken kann, die grundlegenden Fragen über die Wahl der Energiequelle betreffend.
b) Der Gesundheitsschutz der Arbeiter der Aufbereitungsfabriken (die unentbehrlich sind, wenn die Brüter angenommen werden) ist überhaupt nicht sichergestellt. Unter den Nachkommen der Arbeiter aus La Hague (militärische Wiederaufbereitungsanlage in Frankreich, Anm.d.Red.)sind bereits zehnmal mehr Fälle von „spina bifida" (Lähmung der unteren Gliedmaßen, geistige Behinderung) aufgetreten, als in der gesamten französischen Bevölkerung.
c) Die Aufbereitung der Abfälle benötigt viel mehr Kapital, als vorgesehen und ist in Wir klichkeit in dem heutigen Zustand (und nach Jahren Forschung) eine wirtschaftliche Katastrophe.

Wir betonen auch, daß die Konferenz, die von der internationalen Agentur für Atomenergie (IAAE) in Wien organisiert werden soll und die sich mit dem Zyklus der nuklearen Brennstoffe befassen soll, erst im Frühling 1977 stattfinden wird.

Alle diese Tatsachen, die Berichten vertrauenswürdiger Kreise entnommen sind, dazu die Nähe des Brüters von CreysMalville von der schweizerischen Grenze, die Gefahren und Risiken eines solchen Projektes, die Sie nicht unterschätzen können, veranlassen uns, Sie zu bitten, den Entschluß Ihrer Regierung, den Brüter in Creys-Malville sowie die Aufbereitungsanlage in der Brundesrepublik mit eventueller Beteiligung der Schweiz betreffend, noch einmal in Frage zu stellen.

Können Deutschland und Frankreich, im Gefühl ihrer technologishen Stärke, davon absehen, daß Länder wie die USA und die UdSSR, oder auch Großbritannien Zurückhaltung zeigen bezüglich der Kommerzialisierung dieser Fabriken? Wir zweifeln daran.

Wir bitten Sie inständig, bevor Sie Ihre Projekte weiterführen, eine Konferenz Ihrer Minister und internationaler unabhängiger Wissenschaftler, Physiker, Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen, Ärzte etc. einzuberufen.

Wir sind davon überzeugt, daß es um die Zukunft unserer Gesellschaft geht. Deshalb bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Präsident, unser Anliegen in Betracht zu ziehen. In dieser Hoffnung und mit dem Ausdruck unserer Hochachtung

Comite de coordination contre Verbois nucleaire
Case postale 225, CH-1227 Carouge."

BÜRGERINITIATIVE GEGEN BUNDESKRIMINALAMT

BONN-BAD GODESBERG (ID) 22. September

In der Friedrich-Ebert-Str. 1 in Bonn-Bad Godesberg tritt man sich gegenseitig auf die Füße: den Staatsschützern im Bundeskriminalamt wird es im Gebäude, in dem sie seit 1957 untergebracht sind, zu eng. So machten sie sich auf die Suche nach einen geeigneten Gelände im Bonner Raum, wo sie einen neuen Komplex errichten wollten. Zuerst wollte man sich auf dem Bonner Hardtberg ansiedeln, was sich allerdings schon bald zerschlug, da Umweltschützer und Bürgerinitiative ihre Bedenken anmeldeten. So mußte man sich nach ein einem anderen passenden Gelände umsehen.

ImSeptember 1975 wurde dann erstmalig von der Entwicklungsgesellschaft Meckenheim-Merl (EMM) offiziell bestätigt, daß das BKA, nämlich die Abteilungen Staatsschutz, Terrorismus und Sicherungsgruppe in dem Entwicklungsgebiet in Steinbüchel in Meckenheim-Merl (im Süd-Westen von Bonn) ein Gebäude für ca. 600 Bedienstete errichten will. Bei diesem Gebiet handelt es sich um ein reines Einfamilienhaus-Wohngebiet, das zunächst von der EMM als Spitzenwohnlage verkauft wurde, und dessen Einwohner aus Umweltschautzgründen verschiedensten Auflagen nachkommen müssen: 30 km/h fahren, Immissionsfreie Elektroheizung ist Zwang, Gaststätten, Warenautomaten, Tankstellen und Gewerbeeinrichtungen sind nicht zugelassen.

In diesem Bereich will das BKA auf einer Sonderfläche von ca. 300 mal 350 Meter einen sechsgeschossigen Behördenbau, (abgeschirmt mit einem ausgeleuchteten Sicherheitsstreifen), technische Wartungsanlagen für 130 Kraftfahrzeuge, einen Sportplatz, Lehrsäle, einen Gymnastikraum, im Keller des Gebäudes ein absolut schalldichtes Schießkino und einen Platz, auf dem Hubschrauber landen können (Herr Boeden, Präsident der Abteilung TE des BKA am 14.12.75 sinngemäß: Ohne Landemöglichkeit kommen wir nicht nach Meckenheim.) errichten.

Dieser Plan rief innerhalb der Steinbücheler Bevölkerung Proteste hervor und im Herbst 1975 formierte sich eine Bürgerinitiative, die innerhalb von drei Tagen die Unterschriften von hundert AFamilien bei knapp 1.000 Einwohnern, gegen dieses Projekt sammeln konnten. Die Mitglieder der Initiative brachten die folgenden Argumente in die Diskussion um das geplante neue BKA ein:

1. Hubschrauberlandeplatz

Am 17.9.76 teilte die EMM der Bürgerinitiative mit: „Ein Hubschrauberlandeplatz ist in der äußersten nordöstlichen Ecke des Grundstückes vorgesehen." Dies wäre ein Sonderlandeplatz im Sinne des Luftverkehrsgesetzes gewesen, weil er ausschließlich den Zwecken des BKA dienen soll und nicht dem allgemeinen Luftverkehr zugänglich gemacht werden soll.

Ein solcher Landeplatz muß aber nach dem Luftverkehrsrecht von der Luftverkehrsbehörde genehmigt werden. Wegen der zu geringen Entfernung zu dem Wohngebiet (ca. 250 m) wäre dies sicher nicht erfolgt. So griff man dann auf § 25 LuftVG zurück: diese diese Vorschrift erlaubt es Hubschraubern, in Einzelfällen auch auf anderen Grundstücken als auf genehmigten Plätzen zu landen. Es muß aber die Erlaubnis des Grundstückseigentümers und der Luftverkehrsbehörde eingeholt werden. Letzteres entfällt aber nach § 30 Luft VG bei Polizei- und Militärflugzeugen, wenn diese in Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben fliegen.

Nun ist es aber so, daß das BKA grundsätzlich in Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben fliegt, d.h., daß bei entsprechender Auslegung der durch Lärm belästigte Bürger keinerlei Kontrolle mehr über die Hubscharauberflüge hätte. So rückte man dann zur Beschwichtigung der Steinbüchler von dem ursprünglichen Plan verbal ab; Herr Boeden am 28.1.76: ...„Es war zu keiner Zeit geplant, einen Hubschrauberlandeplatz einzurichten. Vielmehr sollte auf dem Gelände des BKA eine Möglichkeit zum Starten und Landen freigehalten werden, damit das BKA in engster Auslegung des § 30 Luft VG in Ausnahmefällen auf eigenem Gelände starten und landen kann. Dies wird nur in Erfüllung hoheitlicher Aufgaben in zwingend notwendigen Fällen geschehen."

Zwingend war es für Herrn Boeden z.B., daß ...„wir im Mai/Juni 1972 wiederholt auf der sogenannten Rigalschen Wiese (mitten in Bad Godesberg, in den frühen Morgenstunden und feiertags, Anm. d.Verf.) gestartet und gelandet sind. Ich habe darauf hingewiesen, daß das im Zusammenhäng mit mehreren Bombenanschlägen in verschiedenen Städten der BRD notwendig wurde." Im Klartext heißt dies, wenns irgendwo in Deutschland knallt, dröhnt den Steinbüchlern der Schädel.

Zum anderen behauptet die EMM, daß der geplante Hubschrauber-Notlandeplatz „nicht über das Wohngebiet hinweg angeflogen werden soll". Nun ist es flugtechnisch aber so, daß bei stärkerem Windaufkommen Hubschrauber nur gegen den Wind (der in dieser Gegend meist aus dem Nord-Westen kommt) starten und landen können, d.h., sie müßten vom Südosten, also direkt über das Wohngebiet hinweg, den Landeplatz anfliegen.

Des weiteren behauptet das BKA, daß –außer in „Ausnahmefällen" – nur von Hangelar (und geringfügig auch vom Hardtberg aus) und ausschießlich vom BGS aus geflogen wird. Der Hubschrauberlandeplatz in Hangelar ist jedoch restlos überlastet: von den 69 Hubschraubern (22 Alouette II, 16 UH1D, 6 AB212, 5 BO105(BGS), 14 BO105 (Rettungsdienst), 6 Puma des BGS sind heute schon alleine 25 in Hangelar. Bis 1980 sollen es 81 sein: plus 4 Puma (zulauf

1976/77), plus 6 Puma (neue Verträge bis 1980), plus 2 AB212 (neue Verträge bis 1980), davon in Hangelar 39: plus 6 Puma (neue Verträge), plus 4 Puma (Zulauf 1976/77), plus 2 AB212 (neue Verträge) plus 2 AB212 (IFR-Schulung 1976). Dies ist für Hangelar zu viel, ursprünglich war der Langeplatz Schornbusch als Entlastung für Hangelar gedacht, aber auf Gerichtsbeschluß hin, der von einer Bürgerinitiative erkämpft wurde) wurde es untersagt, den Landeplatz Schornbusch zwischen den Wohnalnlagen Rheinbach-Rodderfeld, Rheinbach-Oberdress und Swistal-Odendorf für die Zwecke des BGS —außer in Ausnahmefällen— zu nutzen.

Daß der BGS trotz des Urteils der Verwaltungsrichter dort für ein bis zwei Monate jährlich seine Hubschrauberausbildungskurze durchführte, und dafür seine „Hoheitsrechte", nämlich die Ausnahmegenehmigungen für Landungen in Außengebieten für Dauerpilotschulungen und Übungseinsätze in Anspruch". (Bonner Generalanzeiger vom 4.2.76) sei hier nur am Rande erwähnt. Eine Entlastung für Hangelar stellt Schornbusch jedenfalls nicht dar.

Tatsache ist weiter, daß der BGS – nach eigenen Angaben – ein bis zweimal pro Woche für das BKA fliegt. Diese Einstäze werden beibesonderen Gelegenheiten (Baader-Meinhof, Geiselnahme, Banküberfall, bei Staatsbesuchen etc.) verstärkt, dann werden die Spezialisten oft direkt zu den Einsatzorten geflogen. Für die Gruppe Terroristenbekämpfung (TE) sind ständig Hubschrauber (GSG 9) reserviert.

Die Tendenz der Hubschrauberflüge in Hangelar ist steigend, sowohl was die Infrarotschulung angeht, als auch die Unterstützungseinsätze für das BKA. Deshalb versucht der BGS, die wachsende Zahl seiner Flüge zu dezentralisieren, wie dies einmal aussehen wird, ist der Öffentlichkeit z. Zeit noch nicht bekannt. Sicher ist jedoch, daß der Bedarf der Hubschrauberflüge des BGS im Raum um die Bundeshauptsstadt besteht und verstärkt bestehen wird: der Flug; verkehr mit Hubschraubern wird in Zukunft den Straßenverkehr entlasten müssen, bzw. werden besonders die Behörden im hoheitlichen Verkehr durch die Nutzung von Hubschraubern die Belastungen des Straßenverkehrs immer meiden. Dadurch wird schließlich jede Landemöglichkeit eines Bedarfsträgers zwangsläufig in die Entlastungspläne des BGS einbezogen werden müssen, denn nur durch eine breite Streuung auf kleine Plätze (wie dann z.B. der in Steinbüchel) können Belastungsschwerpunkte für die Bevölkerung möglicherweise vermieden werden.

Daß dabei Behörden wie das BKA, die aufgrund ihrer Funktion auf Flexibilität angewiesen sind, den Hubschrauber als schnelleres Verkehrsmittel vor allen anderen vorziehen wird, liegt auf der Hand und ist bereits durch die enge Zusammenarbeit mit dem BGS erwiesen. Wenn also Herr Boeden den betroffenen Bürgern verspricht, „einen äußerst strengen Maßstab bei Hubschraubereinsätzen" anzulegen, so klingt dies weder vertrauenserweckend noch besonders realistisch.

2. Geschoßhöhe

Nachdem die EMM am 9.12.75 noch von einem achtgeschossigen Gebäude gesprochen hatte, ist man erst auf sieben Geschosse heruntergegangen und jetzt bei sechs Geschossen angelangt – bei Erhöhung des Erdgeschosses. Nachdem mit der 6. Änderung des Bebauungsplanes die für das BKa vorgesehene Fläche um einen Streifen von 60 m erweitert wurde, gibt es jetzt Gerüchte, wonach das nun geplante Gebäude nur den ersten Bauabschnitt darstellen soll, und daß andere folgen werden: so lehnte Dr. Schumacher, Vorsitzender der örtlichen CDU und de Planungsausschusses, den Borschlag, das BKA 200 m weg vom Wohngebiet in den Nordosten zu schieben, ab, denn dann würde das BKA später auf das Wohngebiet erweitern, und wer wüßte, was dann noch auf die Anwohner an belästigenden Einrichtungen zukäme ...!

3. Umweltschutz

Die Bewohner des Steinbüchels, die beim Bau ihres Einfamilienhauses den strengsten Auflagen nachkommen mußten, sorgen sich nur nun zu Recht um die Lärmbelästigungen, die z.B. Hubschrauber, Sportplatz und die anderen technischen Einrichtungen mit sich bringen werden. Ein weiterer Gesichtspunkt ist, daß die Zufahrt zum BKA über eine noch zu bauende Straße erfolgen wird, auf der morgens und abends die ca. 600 Bediensteten (mit alleine über 130 Dienstfahrzeugen) zu ihrem Arbeitsplatz gelangen. Bedenkt man, daß 600 PKWs (die Besucher seien hierbei unberücksichtigt) eine Autoschlange von 5 km darstellen, die sich im Westen, von wo meist der Wind weht, an den Einfamilienhäusern vorbeiwälzt, dann kann man die Sorgen der Bürgerinitiative verstehen.

Dies sind – kurz zusammengafaßt – die Argumente der Initiative gegen den geplanten Bau des BKA. Die Bürgerinitiative schlug deshalb einen alternativen Bauplatz vor: das Gelände um das Industriegebiet Kottenforst. Diese Ausweichmöglichkeit wurde vom B BKA schlicht ignoriert (wohl, weil es den entsprechenden Sicherh heitsbedingungen nicht Genüge tut).Das BKA und die EMM – unterstützt von CDU und SPD im Stadtrat – scheinen sich an diesem (mittlerweile auf 85 Millionen Mark veranschlagten) Projekt in Steinbüchel festgebissen zu haben. Böse Zungen behaupten, daß auch private Interessen eine Rolle spielen: Dr. Schuhmacher z.B., zugleich Vorsitzender der örtlichen CDU, die eine Zweidrittelmehrheit im Stadtrat besitzt, und Vorsitzender des Planungsausschusses, dürfte möglicherweise – er ist Notar – durch den Verkauf des Geländes an das BKA profitieren, außerdem haben noch andere Mitglieder der Familie Schuhmacher nebst einigen CDU-Ratsmitgliedern Grundstücke für dieses Projekt an die EMM (die Stadt Meckenheim selbst ist Gesellschafter der EMM) cerkauft.

Nicht zuletzt gibt es unter den Ratsmitgliedern die Hoffnung, da daß sich Meckenheim-Merl mit dem Bau des BKA in ein reines „Schlaraffenland" verwandeln könnte (Bau eines Schwimmbades, Sportplatzes etc.).

Oder ist der Grund für das Festhalten am Steinbüchler Projekt „auf Teufel komm raus" darain zu sehen, daß Herr Boeden (Parteifreund von Herrn Dr. Schumacher) künftig zu Fuß ins Büro gehen will? Von seiner Aufgabe asl „Terroristenjäger" ist er jedenfalls besessen, so reiste er im Frühsommer 1976 mit einer Vortragsreihe „Terrorismus heute" durchs Land – wahlkämpfend für die CDU, Dr. Schumacher und für „Freiheit statt Sozialismus".

Nun ja, wie ungünstig die Dinge auch scheinbar stehen mögen, die Bürgerinitiative ist jedenfalls entschlossen (und tut dies im Steinbüchler Gebiet regelmäßig durch das Aufstellen von Informationstafeln kund), den Rechtsweg zu beschreiten, einen Rechtsweg, der sich über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren hinziehen kann.

WIR MACHEN WEITER – KINDERHAUS HAMBURG - EIMSBÜTTEL

HAMBURG (ID) 22. September

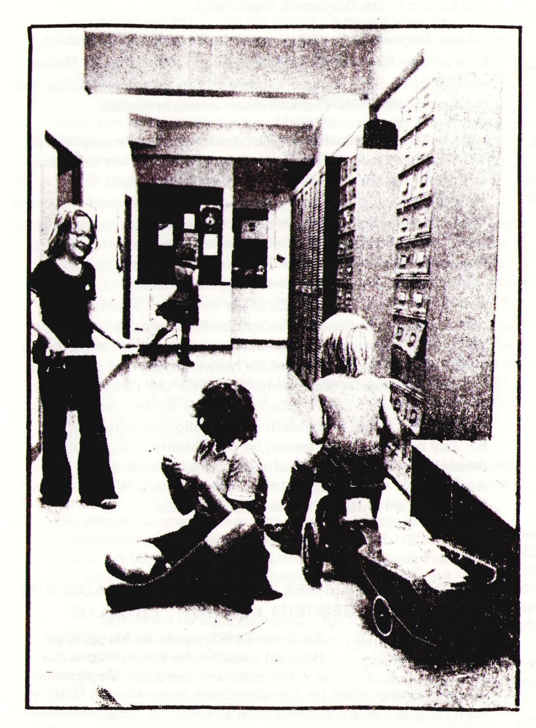
Am 2. August 1976 wurde in Hamburg Eimsbüttel ein Kinderhaus eröffnet. Eine Gruppe von Eltern, die sich von einem früheren, selbstverwalteten Kindergarten her kannten, hatten sich zu Jahresbeginn zusammengetan um gemeinsam ein Kinderhaus aufzubauen. Nach einigen Diskussionen, über die eigenen Vorstellungen von Kindererziehung, die Finanzierungsmöglichkeiten, die behördlichen Richtlinien und Vorschriften beschlossen sie, ein Kinderhaus für 60 Kinder im Alter von drei bis fünfzehn Jahren zu organisieren.

Ein gemeinnütziger „Verein Kinderhaus" wurde gegründet, eine kleine Erbschaft und zwei Bausparverträge bildeten das Startkapital, geeignete Räume werden gesucht und angemietet. Projektgruppen entwickeln Pläne für den Umbau, Arbeitstrupps übernehmen Einrichtungs- und Bau- und Beschaffungsarbeiten. Im April 76 wird der erste Kontakt zu den Behörden aufgenommen, dem Amt für Jugend, Schule und Berufsbildung, zu den Fürsorgerinnen der drei angrenzenden Bezirke Eimsbüttel, St. Pauli und Altona, zur Bau- und Gesundheitsbehörde. Die Behörden versuchen die sich entfaltenden Aktivitäten einzudämmen: „Sie kommen Jahre zu spät! Vor sechs Jahren hätten Sie mal kommen müssen, dann wären Sie mit offen Armen hier bei uns aufgenommen worden. ... Heute ist es ganz schlecht. Die Kinder wollen gar nicht mehr in den Kindergarten, die Initiativen machen alle dicht, selbst städtische Kindergärten werden geschlossen. Der Pillenknick! Verstehen Sie? " Die Eltern versuchten, die Diskussion immer wieder inhaltlich zu führen: sie weisen darauf hin, daß die geringer werdende Nachfrage an Kindergartenplätzen mit dem schlechten Angebot zu tun hat. Sie legen ihr pädagogisches Konzept dar, weisen nach, daß es genü-

gend Kinder gibt, die tagsüber sich selbst überlassen sind, daß die Fürsorgerin dringend Tagesheimplätze gerade für Schulkinder brauche.

Anfang Mai scheint es zu einer Einigung mit den Behörden zu kommen: der Antrag auf Pflegesatzanerkennung wird bearbeitet, der Baunutzungs-Änderungsantrag ist eingereicht. Gleichzeitig laufen die Renovierungsarbeiten auf Hochtouren. Am 1. Juni soll der Kindergartenbetrieb aufgenommen werden. Aber der Amtsschimmel bleibt bei seinem gewohnten Trott: sechs Behörden müssen Stellung nehmen, Gesundheitsbehörde, Jugendbehörde/Heimaufsicht, Feuerwehramt, Grundstücksbewässerungsamt und Entsorgung, der Bezirksschornsteinfegermeister. Dann faßt die Bauprüfabteilung den Baubescheid ab.

1. Juni: die Miete (2.860 Mark mit Heizung) wird fällig, aber es liegt noch keine Baugenehmigung und keine Entscheidung über die staatliche Unterstützung vor. Erst am 2. Juli kommt der Baubescheid, der einen Teil der mündlichen Vorabsprachen wieder über den Haufen schmeißt. Neue Rücksprachen mit den Behörden und dann der Endspurt: eine ganze Reihe von Eltern und anderen Helfern verzichten auf ihren Urlaub. Handwerker arbeiten teilweise umsonst. Am 21. Juli ist Bauabnahme – die Behördenvertreter sind tief beeindruckt: „was jetzt kommt, ist nur noch Formsache". Konkret sieht das aber so aus, daß die Eltern drei Wochen später, als der Betrieb schon über eine Woche läuft, mitgeteilt bekommen, daß der Zuschuß zu den Bau- und Investitionskosten „aufgrund der angespannten Hamburgischen Finanzlage" flachfällt.



Der Verein Kinderhaus dazu:
„Folgender Vergleich scheint uns total dagegen zu sprechen:
– Baukosten unseres Kinderhauses insgesamt 128.000 DM.
– Der Staat kalkuliert für eine Kindergarten-Neueinrichtung pro Platz 90.000 DM. Das wären für 60 Kinder demnach 900.000 DM.
– Von uns beantragter Zuschuß : Knapp 48.000 DM. Der wurde abgelehnt aus Gründen der „Spar"politik. Wo bleibt da die Logik? Und weiter:
– In unserem Kinderhaus liegt der Pflegesatz pro Kind bei 404 DM monatlich.
– Dagegen in der „Vereinigung städtischer Kindertagesheime" bei 572 DM monatlich (dabei sind jedoch nicht alle Kosten berücksichtigt.) „BILD" wußte zu berichten, daß ein Kinder-Tagesplatz rund 1.000 DM monatlich kostet."

Hinsichtlich der Anerkennung der Pflegesätze wird noch „um einige Geduld" gebeten.

Die Eltern und Erzieher sind zu Recht empört: sie haben monatelang nach der Arbeit und an den Wochenenden für ihr Projekt gearbeitet, sie haben auf den Urlaub verzichtet und ca. 48.000 DM investiert und werden von der Behörde mit einem Fünf-Zeiler abgeschmettert.

Hier soll mal wieder eine Privatinitiative ausgetrocknet werden, aber klar ist: „Wir wollen weitermachen. Abgesehen davon, daß wir schon zu viel Arbeit und Geld in die Sache gesteckt haben, können wir auch nicht einfach 60 Kinder nach Hause schicken, die gerade im Kinderhaus etwas heimisch geworden sind und deren anderweitige Unterbringung im übrigen teilweise große Schwierigkeiten machen würde.

Also, wir machen weiter. Und wir werden um die staatliche Unterstützung kämpfen, weil sie für das Überleben unserer Kinderhauses notwendig ist, und auch, weil wir meinen, daß wir ein Recht darauf haben. Wir sehen uns nicht als Bittsteller, sondern wir haben dem Staat einen Teil seiner sozialen Aufgaben abgenommen und wollen nicht mehr, als irgendein anderer staatlicher oder „freier" Kindergarten auch bekommt.

Also, wir brauchen natürlich jede Unterstützung, von jeder Seite. Finanzielle Unterstützung, um die momentanen Schwierigkeiten zu überbrücken. Moralische und politische Unterstützung, indem man uns hilft, die Öffentlichkeit auf dieses Problem– das, wie wir meinen, nicht nur uns selbst betrifft – aufmerksam zu machen, über unser Kinderhaus zu informieren usw.. Aber natürlich freuen wir uns auch einfach über jeden aufmunternden Brief oder Anruf, der uns erreicht. Und es macht uns Spaß, Interessierten unser Kinderhaus zu zeigen ,mit ihnen über unsere Arbeit zu sprechen usw.."

Kontaktadresse: „Verein Kinderhaus e.V. in der Heinrichstraße" Heinrichstr. 14a, 2000 Hamburg 50. Tel.: 040/43 39 49.

Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, Kontonummer: 1 244446 1.

TREFFEN ALLER KARL-HEINZ ROTH-KOMITEES GEWÜNSCHT

HANNOVER (ID) 22. September

Das Karl-Heinz Roth-Komitee Hannover hat uns gebeten, folgenden Aufruf zu veröffentlichen:

Uns erreichen in letzter Zeit nur noch wenige, teilweise widersprüchlich zu interpretierende Informationen über die Situation von Karl-Heinz Roth und die Vorbereitungen zu seinem Prozeß Deshalb sind wir stark verunsichert, uns fehlt die Grundlage für eine Entscheidung, wie wir jetzt weiterarbeiten. Z.B. erreichte uns vor vier Wochen die Information aus Bremen, daß es Karl-Heinz gesundheitlich besser geht und nicht mit bleibenden Schäden seiner Gesundheit zu rechnen ist. Im ID 142 war zu lesen „Karl-Heinz Roths Haftbedingungen übersteigen alles bisherige." Kurz danach erreichte uns der Rundbrief vom 5.9. der unsere Verwirrung auch nicht beendete, weil auch der unterschiedlich zu interpretieren ist. Wir konnten bisher auch nichts über den bevorstehenden Prozeß in Erfahrung bringen; so wissen wir nicht wie wir unsere nächsten Schritte in der Öffentlichkeit bestimmen sollen.

Wir vermuten, daß es nicht nur uns so geht, sondern auch andere Komitees die gleichen Schwierigkeiten haben. Deshalb unser Vor-

schlag: Wir wollen so schnell wie möglich zu einem Treffen aller Karl-Heinz Roth-Komitees nach Hannover einladen, damit wir uns 1. Klarheit darüber verschaffen können wie die Gesundheit von Karl-Heinz wirklich aussieht, 2. Informationen über den Prozeß austauschen können, 3. wir uns über den weiteren Verlauf der Solidaritätskampagnen für Karl-Heinz abstimmen können und 4. wie können wir die Kommunikation unter den verschiedenen Komitees, zu den Bremern und zu den Anwälten verbessern?

Das Treffen sollte innerhalb der nächsten 14 Tage stattfinden, z. B. am 2. – 3. Oktober oder das Wochenende drauf in Hannover. Schreibt uns doch mal ob euch der Termin paßt und ob ihr ähnliche Schwierigkeiten habt.

Kontaktadresse: K.H.Roth-Komitee Hannover, c/o Klaus-Dieter Ritter, Kronenstraße 8, 3000 Hannover.

KPD

VERHAFTUNG STILL UND HEIMLICH

FRANKFURT(ID) 23. September

Am Freitag, dem 10.9.76, wurde in Frankfurt auf offener Straße Dieter Wedekin verhaftet. Gegen ihn lag ein Haftbefehl der Bundesanwaltschaft wegen § 129 StGB vor. Bisher ist noch keine Veröffentlichung erschienen, obwohl zumindest die Bildzeitung über den Vorfall informiert gewesen sein muß, da im Zusammenhang mit der Verhaftung eine Hausdurchsuchung stattfand, bei der Landes- und Bundeskriminalamt eingeschaltet waren. Bei dieser Hausdurchsuchung, die kurz nach der Verhaftung gegen 15 Uhr stattfand, war ein Bildzeitungsreporter extra deswegen gekommen, jedoch von der Polizei nicht zugelassen worden. Aus Äusserungen, die die an der Durchsuchung beteiligten Polizeibeamten gemacht haben, lässt sich schließen, daß die Aktion möglichst geheim und von der Öffentlichkeit unbemerkt ablaufen sollte - was angesichts des vom BKA sich selbst auferlegten Erfolgszwangs äußerst merkwürdig erscheint. Dieter Wedekin wurde zunächst direkt nach Karlsruhe gebracht und diese Woche nach Ludwigsburg verschoben, wo er noch eine Reststrafe von einem 3/4 Jahr abzusitzen hat.

OB BOMBE ODER KEINE.......

FRANKFURT(ID) 23. September

Ob Bombe oder keine, entscheidet Schwalbe ganz alleine : Am Donnerstag dem 23. September begann der Prozeß gegen Lutz M wegen Verstoßes gegen das Spregstoffgesetz. Lutz wurde im November 1975 nachts auf offener Straße verhaftet - er trug eine Plastiktüte mit einem "Spreng-Brandsatz" bei sich (Teedose, Chemikalien & Zeitschalter).

Unter Vorsitz von Richter Schwalbe (jenem!) herrschte im Gerichtssaal gute Stimmung (ca. 100 Genossen und Schüler). Die Vernehmung des Sachverständigen ergab, daß die Wirkung des „Spreng-Brandsatzes" minimal gewesen wäre, aber was, entstand die Frage, wenn man sich darauf gesetzt hätte ?

Fortsetzung des Prozesses: Donnerstag, 30. September, 13.30 Uhr, Gebäude A, Raum 102. Wie üblich empfiehlt es sich für neue Besucher des Frankfurter Gerichtskomplexes in der Nähe der Konstabler Wache eine Viertelstunde vorher einzutreffen, um sich bis zum Sitzungssaal noch vor Beginn der Verhandlung durchzufinden.

P.P.ZAHL IST SEIT DER WEGNAHME SEINER BÜCHER UND SEINER SCHREIBMASCHINE IM HUNGERSTREIK

KÖLN(ID) 23. September

Dem Dichter und Schriftsteller Peter Paul Zahl, der seit über vier Jahren in bundesrepublikanischen Gefängnissen sitzt, wurde am Donnerstag, dem 23. September von der Leitung der Kölner Anstalt sämtliche Manuskripte und Gedichte abgenommen. Dazu wurde dem Schriftsteller auch seine Schreibmaschine aus der Zelle geholt.

Verantwortlich für diese Aktion gegen Peter Paul Zahl sind die Anstaltsleiter des Kölner Gefängnisses Rochusstraße, Georg Bücker und dessen Stellvertreter Diepholder, die zu diesem Vorgang nicht vernommen werden konnten, weil sie an diesem Tag angeblich nicht zu erreichen waren.

Gegen Zahl wurde das Gesinnungsurteil von 15 Jahren Gefängnis verhängt, nachdem er bereits eine Strafe, die in erster Instanz über ihn verhängt wurde, fast abgesessen hatte. (Über dieses extreme Gesinnungsurteil gab es heftigen Protest von Seiten der fortschrittlichen Öffentlichkeit, darüber wurde auch im ID wiederholt berichtet).P.P Zahl hatte Revision gegen das Gesinnungsurteil eingelegt. Am 13. September wurde die Revision Zahls vom 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs abgelehnt. Das Urteil über 15 Jahre ist damit rechtskräftig geworden.

Gegen die Beschlagnahme seiner Gedichte, Manuskripte und der Schreibmaschine hat P.P.Zahl am selben Tag Protest erhoben und ist in Hungerstreik getreten. Für Montag, den 27. September hat er dazu den Eintritt in den Durststreik angekündigt.

Dieser Akt staatlicher Willkür gegen den Dichter übertrifft durch seine unmittelbare materielle Gewaltsamkeit die staatlichen Maßnahmen der BRD, die in anderen Ländern als Berufsverbote bekannt sind von einer wachen Öffentlichkeit scharf verurteilt werden.

Wir fordern zu Maßnahmen gegen den staatlichen Zensurgriff nach diesem Schriftsteller auf, der praktisch ein Berufsverbot durch Entzug der für ihn notwendigen Produktionsmittel darstellt. Dieser Griff wird ausgeübt an einem Autor, dessen Bücher und Gedichte in der um das starke Anhalten politischer Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland sehr besorgten Teil der demokratischen Öffentlichkeit als unbestechliche Zeichen für die herrschenden Zustände gewertet und sehr ernst genommen werden, was nicht zuletzt durch die Präsenz der Arbeiten Peter Paul Zahls aus den letzten Jahren auf der diesjährigen internationalen Frankfurter Buchmesse dokumentiert wird, während derer die Auseinandersetzung besonders mit südamerikanischer Literatur deutlich auf die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Widerstandes gegen staatliche Willkür und Gewalt im Geistigen wie Materiellen unterstrichen wurde. Wir fordern dazu auf, Protestschreiben an die Anstaltsleitung und Solidaritätsschreiben an P.P.Zahl zu schicken. Protestiert bei der Anstaltsleitung unter der Anschrift : 5 Köln 30, Rochusstr. 350, schickt Durchschläge an Justizminister Posser in Düsseldorf, Justizministerium. Schreibt am Peter Paul Zahl unter der Kölner Anstaltsadresse.

BETREUER TEAM DES MUTTER - KIND - HAUSES IM KNAST PREUNGESHEIM KÜNDIGT FRISTLOS

FRANKFURT (ID) 20.September

Am 1.April 1975 wurde das Mutter-Kind-Haus auf Initiative des Kinderheimvereins e.V. Preungesheim gegründet. Ein Provisorium gab es vorher schon im Anstaltsgelände, hier waren die Mütter jedoch von den Kindern getrennt untergebracht; sie haben ihre Kinder lediglich nach der Arbeit besuchen können. In dem jetzigen Haus leben die Mütter mit ihren Kindern gemeinsam in einer Zelle. Die Mütter frühstücken mit ihren Kindern und gehen von 7.30 bis 16.00 Uhr in den anstaltseigenen Betrieben arbeiten. Während dieser Zeit werden die Kinder von den Bezugspersonen betreut. Ziel des Projekts ist eine positive Mutter-Kind-Beziehung herzustellen, um die Resozialisierungschancen für Mütter zu erhöhen.

Neben der Aufgabe des Teams, den Frauen Resozialisierungshilfen zu geben und ihnen im Umgang mit ihren Kindern pädagogisch zu helfen, wurde von dem Team natürlich auch verlangt, die Bestimmungen des Strafvollzugs durchzuführen. Das heißt Pädagogin und Aufsichtsbeamtin in einer Person. Das heißt aber auch, daß das pädagogische Konzept von vorneherein eine Schizophrenie ist, da es den Frauen unter den Bedingungen des Vollzugs fast nicht möglich ist, eine positive Mutter-Kind-Beziehung aufzubauen.

Das Kinderheim, das heißt, die nicht-inhaftierten Kinder sind den gleichen Bedingungen unterworfen, wie denen des herkömmlichen Strafvollzugs:

Nach den Ereignissen von Berlin und Butzbach wurden allgemeine Haftverschärfungen durchgeführt, die für die Kinder bedeuten: drastische Einschränkung der Mitbringsel. Jedem Kind stand nur noch so viel an Süßigkeiten zu, wie einer Strafgefangenen Frau. Der unbegrenzte Paketempfang wurde eingeschränkt auf ein Paket zum Geburtstag und zu Weihnachten im Wert von 20,-DM. Als Trost zu dieser Verfügung wurde den Müttern zugestanden, einmal im Monat vom Eigengeld für 10,- DM einzukaufen.

Die Mütter verdienen pro Tag 1,80 bis 2,70, wovon die Hälfte auf die hohe Kante gelegt werden muß! Verschärfung der Kontrollen: Die Besucher der Kinder, z.B. die Väter wurden im Beisein der Kinder an der der Pforte durchsucht. Mehrere Male mußte ein Kind nach einem gemeinsamen Ausgang mit der Mutter (Arztbesuch etc.) zusehen, wie sie sich in der Kammer (Kontrollstelle für Gefangene und Pakete) nackt ausziehen mußte. Und so etwas ist natürlich sehr förderlich für eine positive Mutter-Kind-Beziehung.

Als letztes wurde von der Anstaltsleitung angeordnet, daß das Team die Kinder nach einem gemeinsamen Ausgang mit der Mutter (Urlaub, Arztbesuch) in unauffälliger Weise umzieht, um die Kleider zu kontrollieren.

Nach einer Auseinandersetzung im Mutter-Kind-Haus zwischen den Müttern wurden zur „Unterstützung" des Teams 2 Aufsichtsbeamtinnen eingesetzt, die für ‚Sauberkeit und Ordnung' sorgen sollen. Inoffizielle Version: „Kontrolle über das Team", „Auf die Finger schauen, was die so machen".

Die sich immer mehr verschärfenden Anordnungen der Anstaltsleitung gerade in Bezug auf die Kinder konnte das Team nicht mehr verantworten. Mit der Forderung, die beiden Aufsichtsbeamtinnen zurückzuziehen, sind 5 Frauen des Mutter-Kind-Hauses am 26.8.76 in den Hungerstreik getreten, der amselben Tag wieder durch ‚überzeugendes' Geschwätz der Anstaltsleitung abgebrochen wurde.

Das Team begann einen Streik mit der gleichen Forderung am 27.8.76. Während der ganzen Auseinandersetzungen im Verlauf des Streiks mit Vertretern des Hessischen Justizministeriums, der Leiterin der JVA, die extra aus dem Urlaub anreiste, und den mehrmaligen Aufforderungen, den Streik abzubrechen, kam klar heraus,daß die Forderung des Teams, die zwei Aufsichtsbeamtinnen abzuziehen, nicht erfüllt wird.

Die Gegenvorstellung des Teams, ein selbständiges Haus außerhalb des Gefängnisses, ohne Schlüssel-kontrollierende, sondern nur beratende Funktionen, wurden natürlich erst recht nicht erfüllt. Die einzige Zusicherung war, sich über das Mutter-Kind-Haus in Fachkreisen zu unterhalten (und das, nachdem 1 1/2 Jahre das Projekt schon bestand und diverse kritische Berichte von Praktikantinnen vorlagen, sowie konkrete Forderungen des Teams, z.B. nach mehr Personal)

Alternativen für das Team waren: Bei Arbeitsaufnahme Androhung von Strafmaßnahmen unbekannten Inhalts oder bei Streikfortsetzung fristlose Kündigung (das hieß auch, keinen Kontakt mehr mit dem Mutter-Kind-Haus). Das Team zog die Konsequenz: Fristlose Kündigung. Es sah sich durch die tägliche Praxis und die bisherige Erfahrung, die durch die verschärften Sicherheitsmaßnahmen im Vollzug in ihren Auswirkungen auf die Kinder, entstanden, nicht mehr in der Lage, unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

PRESSE KAMPAGNE GEGEN JUGENDWOHNHEIM ZIEGELHÜTTENWEG

FRANKFURT (ID) 23. September Nachdem sich die öffentlichen Medien mehr oder minder geweigert hatten, trotz vorliegender Informationen über den Konflikt im Jugendwohnheim Ziegelhüttenweg zu berichten (s.ID 143), wird jetzt plötzlich, seit ein Polizeibericht vorliegt, in fast allen Frankfurter Gazetten über eben diesen Polizeibericht ausführlich informiert. Der Grund geht aus einer vom Jugendwohnheim herausgegebenen Presseerklärung hervor, die wir hier veröffentlichen:

„ In den Ausgaben mehrer frankfurter Zeitungen vom Mittwoch, dem 22. 9. 76 wurde unser Heim in diffamierender Weise mit Hilfe von Falschmeldungen massiv angegriffen. Es ist daher notwendig, erneut die Öffentlichkeit über die wahren Zusammenhänge zu informieren, denn wir sehen in dieser Kampagne den Versuch, einen Ansatz fortschrittlicher Heimpädagogik zu zerstören. Anlaß für diese Presseaktion ist, daß angeblich mehrere Jugendliche und junge Erwachsene aus unserem Heim bei Autodiebstählen erwischt worden sein sollen. Man kann aber die Entwicklung dazu nur verstehen, wenn man sich auch mit der Geschichte des Heims beschäftigt. Das Haus wurde 9 Jahre von einem Heimleiter geführt, der in jeder Hinsicht unfähig war. An der Aufarbeitung seiner Buchhaltung, die u.a. Unterschlagungen von größerem Umfang ans Tageslicht brachte, arbeiten wir noch heute, 4 Monate nach seinem Ausscheiden. Ein Ergebnis war auch, daß ein Schuldenberg von einigen Hunderttausend Mark entstanden war. Die Jugendlichen wurden von diesem Heimleiter, der gleichzeitig Geschäftsführer des Trägervereins war, physisch und psychisch unterdrückt. Eine Heimaufsicht durch die dafür zuständigen Behörden konnte in dieser Zeit nicht ausreichend gewährleistet werden. Trotz dieser repressiven Pädagigik gelang es Heimleiter Plum nicht, schwierige Jugendliche zu disziplinieren; Auf auftretende Kriminalität wurde nicht pädagogisch reagiert, sondern durch Rausschmiss der Jugendlichen aus dem Heim - eine übliche Praxis in vielen Heimen, weil für solche Jugendliche in unserer Gesellschaft kaum atäquate Hilfen zur Verfügung stehen. Diese Jugendlichen und junge Erwachsene sitzen heute auf der Straße und sie sind es auch, die nun als Heiminsassen und Rädelsführer dargestellt werden, obwohl sie nicht mehr, zum Teil seit 2 Jahren, im Heim wohnen."

Nach dem Weggang von Heimleiter Plum und der Aufdeckung des Schuldenberges, sollte das Heim kurzerhand geschlossen werden und die Bewohner verlegt werden. Das diese Absicht auf den erbitterten Widerstand der Jugendlichen traf ist verständlich, denn auf ihre Kosten - sie hatten bereits unter der Herrschaft von Plum zu leiden, sollten die Versäumnisse der zuständigen Behörden verschleiert werden. Dieser Widerstand hatte den Erfolg, daß der Heimträger zusicherte, daß das Heim nicht geschlossen werden würde.

Durch die Auseinandersetzung und durch die latend weiterbestehende Gefahr der Schließung war im Haus eine unruhige Situation entstanden. Außerdem ist es jedem verständlich, daß Jugendliche, die über Jahre unterdrückt waren, Schwierigkeiten haben würden, die neuen Freiheitsspielräume sinnvoll zu nutzen.

Nur durch den überdurchschnittlichen Einsatz der Mitarbeiter, der sich in bis 60 Wochenstunden Arbeitszeit ausdrückt, konnte in den letzten Monaten verhindert werden, daß sich die jahrelang angestaute Aggression in Zerstörung und kriminellen Delikten ausdrückten. Es konnte weiterhin erreicht werden, daß von 21 Jugendlichen 19 einen festen Arbeits- Ausbildungs- oder Schulplatz er- oder behielten. In der Presse aber wird behauptet, daß 12 Heimbewohner an den abgeblicher Delikten beteiligt gewesen seien. Tatsächlich waren sieben Heimbewohner beteiligt, von denen lediglich 2 zur Zeit keinen festen Platz haben.

Seit Mai '76 wird von den Mitarbeitern versucht, dem Träger die Gefährlichkeit der Situation klar zu machen. Ohne Erfolg! Weiterhin arbeiten 5 Pädagogen mit 21 Heimbewohnern und müssen darüber hinaus berufsfremde Arbeiten leisten. Da rund um die Uhr Dienst geleistet werden muß, heißt diese personelle Besetzung, daß ohne Überstunden fast immer ein einzelner Pädagoge einer Gruppe von 21 Jugendlichen gegenübersteht. Damit ist wohl klar, wer seine Pflichten verletzt hat.

In den letzten Tagen ist die Entwicklung weiter eskaliert. Auch darauf wurde der Träger mehrmals mündlich und schriftlich aufmerksam gemacht. Die Ursachen der Entwicklung waren im wesentlichen die, daß Jugendliche, die zu Plums Zeiten rausgeschmissen worden waren, wieder im Heim auftauchten. Die unausgesprochenen Hausverbote konnten, wiederum aufgrund derschlechten Per sonalsituation, nur unvollkommen durchgesetzt werden. Die Mitarbeiter sehen sich nun der Situation ausgesetzt, auf die Vorwürfe, die gegen die Heimbewohner erhoben werden, zu reagieren. Entsprechende Schritte sind bereits am Dienstag, dem Tag der Haftentlassung nach Absprache mit dem Landesjugendamt, dem Jugendamt der Stadt Frankfurt und dem Träger, eingeleitet worden. Langfristig ist aber eine Arbeit nur möglich, wenn die notwendigen Bedingungen vorhaden sind. Zu diesen Bedingungen gehört neben der verbesserten Personalsituation auch, daß die Finanzierung gesichert ist. In der Vergangenheit ist es öfters vorgekommen, daß kein Taschengeld und kein Kleidergeld ausgezahlt werden konnte und das keine Lebensmittel eingekauft werden konnten, weil es der Träger versäumt hatt, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Über diese Konflikte schwieg aber die Presse in der jüngsten Vergangenheit, obwohl sie ausführlich informiert worden ist. Jetzt wird der erstbeste Anlaß benutzt, die Heimbewohner und Mitarbeiter zu diskriminieren und zu kriminalisieren. Kein Pressevertreter hat es für nötig befunden, im Haus zu recherschieren und zu fragen, ob die Informationen der Polizei zutreffend sind. Blind wird einer Institution geglaubt, die mitten in der Nacht mit ca. 10 Beamten provokativ im und vorm Haus auftaucht, um ohne Haft- oder Durchsuchungsbefehl einen Heimbewohner zu verhaften, der polizeilich gemeldet ist und einen festen Schulplatz hat un dem vorgeworfen wird, ein gestohlenes Autoradio gekauft zu haben. Dieses völlig unangemessene Vorgehen wird aber in der Presse verschwiegen und es wird behauptet, auch dieser Heimbewohner sei in der Stadt festgenommen worden. In dicken Überschriften wird gemeldet, das Jugendwohnamt sei die Schaltzentrale einer Diebesbande . Diese Behauptung, von der Polizei aufgestellt, entbehrt jeder Grundlage. Weder waren die festgenommen en Jugendlichen eine Bande, noch sind die angeblichen Anführer Heimbewohner. Auch die Behauptung, im Haus seien „Beutestücke der Bande" gefunden worden, ist unwahr. Zum teil sind die genannten Gegenstände Sammelobjekte, wertlos und ohne Zusammenhang mit Diebstählen. Die Gründe für die offensichtlich verleumderischen Aktionen sind eindeutig. Es werden Vorwände gesucht oder ge schaffen, um die Mitarbeiter und Bewohner zu verunsichern. So erfahren die Mitarbeiter aus der Zeitung, wenn diese Aussage stimmt, daß ihre Entlassung vor der Tür steht. Und immer schwingt mit, ja ohne Heimleiter geht es nicht. Damit werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Der ehemalige Heimleiter und die Stellen, die ihn hätten kontrollieren müssen, sind Schuld an den Zuständen, verantwortlich aber werden die Mitarbeiter gemacht, die bis zum Rand ihres Leistungsvermögens versucht haben, die Situation in den Griff zu bekommen. Die Erfolge dieser Bemühungen, z.B. die gesicherten Stellen der absoluten Mehrzahl der Bewohner werden verschwiegen oder böswillig ins Gegenteil verkehrt. Für eine weitere Verbesserung der Situation im Heim, besonders auf dem Freizeitsektor ist nur möglich, wenn kurzfristig folgende Voraussetzungen geschaffen werden: EINSTELLUNG VON AUSREICHENDEM PERSONAL !!! ABSICHERUNG DER KOLLEKTIVEN HEIMLEITUNG !!! SICHERUNG DER FINANZIERUNG DES HAUSES !!!

Kontaktadresse: Jugendwohnheim Ziegelhüttenweg 149
6000 Frankfurt

FUNKZENSUR : RIES-ENGELMANN-PROZESS

BADEN-BADEN (ID)
17. September

Die 17. Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts hat nach fast zweijähriger Verhandlung die Klage des Frankenthaler Pegulan-Chefs Fritz Ries gegen zehn Behauptungen abgewiesen, ein Verbot es Bernt-Engelmann-Buches („Großes Bundesverdienstkreuz. Ein Tatsachen roman über den Unternehmer Ries und seine ‚Arisierungen' jüdischer Betriebe in Trzebinia bei Auschwitz") abgelehnt und der Zahlung eines Schmerzensgeldes an Ries nicht zugestimmt. (In sieben marginalen Punkten hat das durch den Siemans-Delius-Prozeß hinlänglich bekannte Gericht Engelmann widersprochen).

„Es darf nicht weiter behauptet werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Riesschen Betrieben bei Auschwitz täglich 14 Stunden hätten arbeiten müssen", so begann eine Erklärung des Engelmann-Anwalts Albert Gerhardt vor dem Mikrofon eines Mitarbeiters des Südwestfunks, gesendet am 17.9. um 9.30 Uhr in der Sendung „Südwestbasar".

Der Rechtsanwalt fuhr fort: „Es darf weiter nicht gesagt werden, Herr Dr. Ries habe Besichtigungen kreuz und quer durch die bayrischen Provinzen durchgeführt nebst Besprechungen mit dem örtlichen SS-, Polizei- und Propagandastellenleitern.

Es darf schließlich gesagt werden, Dr. Ries habe vornehmlich geraubtes und beschlagnehmtes polnisches und jüdisches Wirtschaftsgut zurück nach Sachsen geschafft.

Es darf weiter gesagt werden, Dr. Ries habe die in Polen und der Sowjetunion erbeuteten Millionenwerte westwärts geschafft".

Der letzte Satz wurde größtenteils überdeckt durch einen funkinternen Dialog, der aber auch einmal über den Äther zu hören war:
Regieleiter der Sendung zum Moderator: „Herr von Böhm ..."
Böhm: „Ja."
Regieleiter: „Können Sie noch einen Satz sagen ..."
Böhm (zum Korrespondenten): „Gut, Schluß machen, Herr Müller, leider!"
„Okay."

Die auf Tonband aufgezeichnete Erklärung des Rechtsanwaltes ging noch etwas weiter, z.T. von weiterem Stimmengewirr aus dem Sender gestört:

„Es darf weiter gesagt werden, alles deutet darauf hin, daß Dr. Ries eine nicht genz unwesentliche Rolle gespielt habe bei den diversen Versuchen, Willy Brandt zu stürzen, und daß er und seine Freunde ihre Hände mit im Spiel hatten, wo es um die Bildung einer rechten, außerparlamentarischen Opposition geht.

Undsoweiter, undsoweiter. Es heißt: Das Gesamtbild, wie es im Tatsachenroman von Bernt Engelmann gezeichnet wird, ist von dem Unterlassungspunkten, die das Landgericht zuerkannt hat (es sind ja bloß sieben von insgesamt 17) nicht berührt."

Wer dieser Sendung zugehört hat, hat gemerkt, wie es den SWF-Verantwortlichen plötzlich in die Knochen gefahren ist, als sie die Wahrheiten über einen wirtschaftlich Mächtigen aus ihrem Sendegebiet anhören mußten. Dass an diesem Sender zensiert wird, ist nicht neu: im Januar (Südwest III) und im Mai 76 (ARD) verboten Programmdirektor und Intendant die Ausstrahlung des Gedichts „Artikel 3 (3)" von Alfred Andersch; im Juli 1975 schnitt K.H. Kögel (Pop-Shop) das Wolf-Biermann-Lied „Soldat, Soldat" aus einer ursprünglich von Heidelberger Zivildienstleistenden gestalteten Sendung heraus, usw. usw..

Der gerade neugewählte Intendant des SWF, Hilf, war bislang Staatssekretär in der rheinland-pfälzischen Landesregierung des Helmut Kohl. Kohls politischer Ziehvater wiederum ist Fritz Ries, Chef des Pegulanwerkes in Frankenthal, an dem F.J. Strauß über seine Frau Marianne mit 10 % des Kapitals beteiligt ist, und in dessen Aufsichtsrat Hanns Martin Schleyer hockt. So schließt sich vollends der rechte Kreis.

(weitere Informationen findet ihr bei: B. Engelmann, Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co.)

KPD WIRD IM WAHL KAMPF BEHINDERT

HANAU(ID) 21. September Wie der KBW und die GIM, wird auch die „Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD) an der Wahlwerbung gehindert. Zum einen verweigert der Hessische Rundfunk eine Wahlsendung am 7.9.1976 auszustrahlen mit der Begründung, daß es gegen die Strafgesetze verstoße, wenn die KPD folgendes behauptet:

„1) Das Parlament ist nichts als ein Ort der Lüge und des entnervenden Geschwätzes: Das sagte Lenin vor 50 Jahren - das ist auch heute noch so.

2) Noch heute gelingt es diesen Herren (gemeint: CDU) kaum, das Knäuel von Korruption unter dem Teppich zu halten, das sich um die Schmiergelder der amerikanischen Firma Lockhead rankt.

3) Die tatsächliche Alternative aber lautet nicht „Freiheit oder Sozialismus" sondern Freiheit für die Ausbeuter und Unterdrücker oder - und dafür steht die KPD- Freiheit für die Arbeiterklasse und Unterdrückung für die Ausbeuter - das ist der Sozialismus, das ist die Diktatur des Proletariats."

Die Anwälte der KPD argumentierten: „Ein Verstoß gegen Strafgesetze ist bei den beanstandeten Passagen nicht ersichtlich. Die Textstellen 1 und 3 sind zentrale Äußerungen aus dem Parteiprogramm der KPD. Eine Verfolgung wegen „Beschimpfung des Parlaments" (§ 90b StGB) muß deshalb an dem Parteienprivileg scheitern. Eine Verleumdung der CDU ist in der Textstelle 2 nicht vorhanden, weil eine Verdunkelung der Beteiligung deutscher Politiker an dem Bestechungsskandal Lockhead und damit der Korruptionsverdacht nach den jüngsten Presseberichten auf der Hand liegt."

Zum anderen verbot die Stadt Hanau der KPD das Aufstellen von Wahlinformationsstellen im Stadtbereich. Die Stadt Hanau hatte ihr Verbot damit begründet, daß die Aktionen der KPD nicht erkennen ließen, „daß sie sich an die Gesetze und Ordnungsregelungen der Stadt halten werde". Dies solle sich daraus ergeben, daß die KPD „wild plakatiert" habe. Durch Beschluß vom 2. September 1976 bestätigte das Verwaltungsgericht Frankfurt/M. (Az.: VI/2 234/76) die Rechtmäßigkeit dieser Wahlbehinderungen. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel hob den Beschluß des Verwaltungsgerichts Frankfurt/M, auf, weil die Verweigerung der Informationsstände einen Verstoß gegen das Parteienprivileg beinhalte (Beschluß vom 10.9.1976, Az.: II TG 94/76). Im Regelfall bestünde ein Anspruch, Stände, die der Wahlpropaganda dienen, aufzustellen. Zudem habe die Stadt Hanau nicht nachgewiesen, daß die KPD tatsächlich „wild plakatiert" habe.

Unter Umgehung diser Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes weigert sich die Stadt Hanau weiterhin, der KPD die beantragten Standplätze zuzuweisen. Die Begründung beschränkt sich nunmehr auf die Behauptung, die Standplätze seien inzwischen alle vergeben. Schon in einem persönlichen Gespräch am 27.August 1976 hatte Herr Groß von der Stadtverwaltung gegenüber dem Ortsvorsitzenden der KPD erklärt, daß, wenn das Verwaltungsgericht dem Antrag der KPD stattgeben sollte, die Stadt eben behaupten werde, die Aufstellplätze seien bereits durch andere Parteien belegt. Gegen die neuerliche Verweigerung der Standplätze hat die KPD ebenfalls denErlaß einer einstweiligen Anordnung beantragt.

WDR ZENSIERT GIM-WAHLSENDUNG

KÖLN(ID) 21. September Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) in Köln hat sich geweigert, den für Donnerstag, den 16. 9. 76 um 18.03 Uhr im WDR-Regional-Fernsehprogramm vorgesehenen Wahlspot der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV.Internationale, zu senden. Diese eklatante Wahlbehinderung wird mit einem Interviewausschnitt des marxistischen Wirtschaftwissenschaftlers Ernest Mandel begründet. E. Mandel, hatte gesagt: „Das Einreiseverbot gilt nur der Person, die marxistisches Gedankengut und das Programm der IV Internationale in der Bundesrepublik verbreiten will. Durch ihre Aktion gegen die Rede- und Meinungsfreiheit bestimmter Strömungen der Arbeiterbewegung, durch die Berufsverbote und den § 88a hat die sozialliberale Bundesregierung bereits heute das Instrumentarium geschaffen, um es einer späteren reaktionären Regierung zu ermöglichen, dann nach Hitlerschem Vorbild jegliche marxistische Propaganda in der BRD zu verbieten und aufgrund der Behauptung marxistischer Propaganda jede gewerkschaftliche Betätigung zugunsten der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise zu unterbinden."(Ernest Mandel war 1972 eines der ersten Opfer der Berufsverbote (der Berliner SPD Senat lehnte seine Berufung an die freie Universität ab) und ist von der BRD-Regierung seit dieser Zeit mit Einreiseverbot in die BRD belegt.)

Der WDR argumentiert, der Wahlkampf verstosse gegen strafrechtliche Vorschriften, insbesondere §90a StGB. (Beleidigung verfassungsgemäß gewählter Organe).

Die GIM stellt einige Aspekte dieses neuen Repressionsfalls besonders heraus:

– Die Zuteilung für Werbespots für Parteien wie die GIM erfolgt in ausgesprochen undemokratischer Weise: während Bundestagsparteien wie die SPD 10 bzw. die sozialliberalen Koalitionsparteien 14 Spots ausstrahlen dürfen, erhält eine nicht im Bundestag vertretene Partei wie die GIM nur 2. Es wird also von vornherein ausgeschaltet, daß eine Organisation wie die GIM einigermaßen umfassend und gleichberechtigt ihre politische Position darstellen kann.

– Streichung eines Wahlspots der GIM beim WDR heißt Reduzierung der Darstellungsmöglichkeit der politischen Position der GIM im WDR um 50%. Wie es im Brief heisst, können bei Ablehnung keine Ersatzspotseingereicht werden.

– Wie es ausdrücklich in den Bestimmungen für die Wahlspots heißt, erfolgen diese vollkommen unter Eigenverantwortung der Parteien. Es ist u.E. daher falsch, daß der WDR vorgibt, § 90a könne gegen die Sendanstalt selbst angewandt werden. Praktisch nimmt damit der WDR eine Vorzensur vor und macht sich selbst zum Instrument der kalten Einführung der Zensur.

– Der WDR scheint bewußt angestrebt zu haben, der GIM einen Wahlspot zu streichen. Anders kann nicht erklärt werden, daß der WDR am Sendetag einen Brief an die GIM schickte (der natürlich einen Tag später ankam) und nicht versuchte, telephonisch Kontakt aufzunehmen und einen Kompromiß anzustreben.

– Vollkommen unhaltbar wird die Argumentation des WRD wenn man weiß, daß dieselbe Sendeanstalt einen Rundfunkspot sendete, der dieselbe Passage im Originalton enthielt und nun plötzlich bei der TV - Version einen strafwürdigen Tatbestand vorliegen sieht. Entweder der WDR entscheidet völlig willkürlich, oder er suchte nur einen Vorwand, um den TV-Spot als ganzes absetzen zu können.

DAS SOLDATEN KOMITEE INFORMIERT – DAS SCHWÄBISCHE TAGBLATT SCHWEIGT

TÜBINGEN(ID) 21. September In einem Flugblatt informiert das französische Soldatenkomitee Tübingen über die Praktiken des Schwäbischen Tagblatts bei der Erfüllung seiner journalistischen Sorgfaltspflicht.

„Das ‚Schwäbische Tagblatt' hat sich geweigert, ein Kommuniquee des französischen Soldatenkomitees Tübingen zur Verteilung von Soldatenzeitungen am 5.8.76 auch nur zu erwähnen. Diese Haltung hat Methode:

1. Im Januar 1975 kam ein Mitglied der Redaktion in Besitz des 1. Komuniques des neugegründeten Soldatenkomitees Tübingen. .... Aber informiert über eine Demonstration französischer Soldaten in der Dragonerkaserne haben nur die Pariser Zeitungen „Le Monde", „Rouge" und „Libération". (8.2.75)
2. Im Juni 1975 besuchte eine offizielle Kommission der CFDT der mit 800.000 Mitgliedern zweitgrößten Gewerkschaft Frankreichs, die auch die Soldatenkomitees Tübingens unterstützt, die Dragonerkaserne anläßlich des Tages der offenen Tür; der Kommandeur empfing diese Gewerkschaftsdelega-

tion, weshalb ers später strafversetzt wurde. Diesmal weigerte sich unser ach so informiertes Tagblatt ausdrücklich, diesen Vorgang zu berichten. Wiederum waren es „Lemonde", „Rouge", „Tribune Socialiste" und „Liberation", die es für wert hielten, über die Ereignisse in den französischen Kasernen Tübingens zu berichten.

3. DKP-Stadtrat Schwaderer richtete eine Anfrage an den Tübinger Bürgermeister, was die Stadt zu tun gedenke, um Übergriffe der französischen Militärpolizei gegen - wohlbemerkt - deutsche Flugblattverteiler auf deutschem Territorium künftig zu verhindern. Auch darüber informierte unser liberales Lokalblatt nicht.

Stattdessen liest man aber in regelmäßigen Abständen von Empfängen im französischen Offizierskasino, von Verlautbarungen des Oberbefehlshabers und von Festen der französischen Offiziere mit den Spitzen der Stadt. Als einmal tatsächlich über den Mißstand in den Kasernen im Lokalteil berichtet wurde, wurden nicht etwa wir, die einfachen Soldaten, Hauptleidtragenden der miserablen Verhältnisse in der Kaserne befragt,sondern die Offiziere. Die Tagblattredakteure haben ihre Wahl getroffen: ihre Freunde sind nicht die Arbeiter, weder in Univorm noch in Zivil. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die Redaktion es trotz Einladung versäumt hat, einen Korrespondenten zur Veranstaltung der IG Metall am 3.9.76 im „Lamm" zu schicken, wo über die Konsequenzen aus der Entlassung des Betriebsrates Nino Montagnax diskutiert wurde, mit dem wir Soldaten, die wir Arbeiter in Uniform sind, uns solidarisch erklären. Die Freunde der Tagblattredaktion sind die Chefs und die Offiziere, die dann auch gute französische Küche offerieren und bei sowas verschwenden unsere liberalen Feinschmecker von der Tagblatt-Redaktion natürlcih keinen Gedanken darauf, daß ihr französischer Tischnachbar mit zu den Offizieren gehören könnte. die im Algerienkrieg die Sau rausgelassen haben und mit Napalm und Folterungen zehn Prozent der Bevölkerung (800.000) umbringen ließen.

Wozu auch? Denn der Duft der Kräuterbutter auf den Weinbergschnecken überdeckt ja den Ludergeruch der Offiziere. Es ist bloß peinlich, wenn Die Mängel in der Berichterstattung immer offensichtlicher werden. Allein auf bessere Einsicht bei unseren linksliberalen Gourmets zu hoffen, wäre tatsächlich, vom Ochsen mehr als Rindfleisch zu verlangen. Diese Redaktion will nicht einfach informieren, wie sie vorgibt, sondern sie macht sich zum Sprachrohr von Unternehmern, Militärs und Polizei.

Die Wirklichkeit über unsere Kasernen entspricht nicht dem Geschwätz, was ihnen über Sauberkeit, Hygiene und sympathische Umgebung erzählt wird. Die Wirklichkeit sieht anders aus, deshalb haben wir uns organisiert und deshalb wollen wir kämpfen."

WIR DANKEN DEM SCHWÄBISCHEN TAGBLATT

DAS TÜBINGER SOLDATENKOMITEE".

WAFFENLIEFERUNGEN DER BRD 1976

FRANKFURT (AMI/ID)
20. September

Umfangreiche Waffengeschäfte der BRD wurden in letzter Zeit in der Öffentlichkeit bekannt. Hier eine Liste der uns bekannt gewordenen Geschäfte, die natürlich nicht den Anspruch der Vollständigkeit erheben kann:

NATO

Kanada kauft 128 Leopard-I-Panzer für 160 Mio DM. Damit sollen die kanadischen Verbände in Mitteleuropa - davon 5000 Soldaten in der BRD - ausgerüstet werden. 12 dieser 128 Panzer kommen zu „Ausbildungszwecken" nach Kanada. Der Kauf dieser Panzer stellt das bisher größte militärische Beschaffungsvorhaben dar, das von Kanada jemals mit der BRD durchgeführt wurde, sagte der kanadische Verteidigungsminister Richardson und fügte hinzu: „Es ist unsere Hoffnung, daß es zu einem erweiterten und ausgewogenen Handeln zwischen unseren Ländern führt."

Griechenland erhält 4 U-Jagt-Boote (Typ 209), die bei HDW in Kiel gebaut werden. Griechenland ist ein Hauptabnehmer deutscher Kriegsschiffe (s. ami P-2 3/75), auch von Schiffen der Bundeswehr, die im Rahmen der NATO-Militärhilfe weitergegeben werden. Der Umfang dieser Geschäfte macht ca. 100 Mio DM aus und ist als Lieferung von Überschussmaterial deklariert, für das Griechenland keinerlei Kosten entstehen. Neben den Schiffen werden auch 20 gebrauchte Düsenflugzeuge ein Noratlas-Flugzeug, 400 LKW' s, Pioniergerät und 10 Feldlazarette geliefert.

Portugal bekommt 20 Flugzeuge aus Bundeswehrbeständen. Es sind Jagdbomber des Typs Fiat-G-91 und Trainer. Dazu bekommt die portugiesische Luftwaffe auch Ersatzteile, Bodendienst-, Prüfgeräte und Munition. Der Gesamtwert der Transaktion beläuft sich auf 13 - 18 Mio DM. Die BRD- Rüstungsindustrie erhofft sich Aufträge aus Portugal, wenn das mitgelieferte „Verbrauchsmaterial" aufgebraucht ist.

ANDERE LÄNDER UND KRISENGEBIETE

Australien löst seine „Centurion"-Panzer durch den deutschen Leopard-I-Panzer ab. 87 Panzer sind bestellt worden, darunter mehrere Sonderanfertigungen.

Kolumbiens Polizei erhält von der Firma Heckler & Koch (s. ami P-3 2/76) G-3 Gewehre und Maschinenpistolen des Typs MP-5. Käufer ist nach Berichten der kolumbianischen Zeitung ‚Alternativa' der Chef der kolumbianischen Polizei, General Henry Garcia Bohorquez.

Die christlich faschistische Falange des Libanon hat Waffen und Munition aus der BRD im Wert von 120 Mio DM erhalten. Die Geschäfte liefen über den Sohn des libanesischen Falagne-Führers Amin Bechir Gemayel. Ausfuhrhäfen waren Bremerhafen und Hamburg. Die Bundesregierung dementierte jedes Wissen um diese Geschäfte.

Chile erhielt 6 Polizeihubschrauber von MBB München. Die Hubschrauber wurden von einer Schweizer Firma mit „Zusatzausrüstung" versehen.

Für ein südamerikanisches Land, wobei nicht erwähnt wird, für welches, entwickelt Rheinstahl—Henschel in Kassel einen 30-t-Kampfpanzer, der eine Variante des ‚Marder' darstellt. Die Exportbeschränkungen werden durch den Bau des Panzers im Ausland umgangen. 500 Stück sollen gebaut werden.

Ägypten will 120 Kampfflugzeuge des Typs Alpha-Jet. das von der BRD und Frankreich gemeinsam gebaut und entwickelt wird, erwerben. Über Frankreich soll das Waffengeschäft trotz der Exportrestriktionen für die BRD abgewickelt werden, wobei die bundesdeutsche Rüstungsindustrie mit 50% am Bau beteiligt werden aoll. Israel soll zum Ausgleich dann das ebenfalls von der BRD und Frankreich entwickelte Flugabwehrsystem ‚Roland' erhalten, wenn das Geschäft mit Ägypten zustande kommt.

Aus: Antimilitarismusinformation 8/9

JAHRESBILANZEN DEUTSCHER RÜSTUNGSKONZERNE

FRANKFURT (ID/ami)
20.September

Wie der Geschäftsbericht der Hamburger Blohm & Voss AG, mit 6918 Beschäftigten eine der vier Großwerften des Kriegsschiffsbaus in der BRD (vgl. ami 1/76 H-1), aufzeigt, ist der Umsatz im Geschäftsjahr 1975 zwar auf 743 Mio DM gestiegen (1974: 546 Mio. DM); da die Auftragseingänge jedoch von 822 auf 567 Mio DM geschrumpft sind, reicht das Auftragspolster nur bis Mitte 1977.

Damit ist die Blohm & Voss AG, die sich im Gegensatz zu den übrigen deutschen Großwerften nicht am Boom des Großtankerbaus Anfang der 70er Jahre beteiligt hatte (sie baute in den letzten Jahren nur 5 Tanker) und daher auch von der 'Tanker-Baisse' nicht unmittelbar betroffen wurde, nun doch in eine Krise geraten.
Für die Zukunft ruhen die Hoffnungen der Hamburger Werft auf dem Projekt Fregatte 122 (vgl. ami 4/75 H-5 und ami 4/76 C-3), zu dessen Definition sie den Auftrag vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung erhalten hat.

VFW–Focker

Nachdem der deutsch-niederländische Luft- und Raumfahrtkonzern VFW-Focker bereits in den letzten beiden Jahren nur geringe Gewinne verzeichnen konnte (1974: 0,6%; 1975: 0,4% Jahresüberschuß am Umsatz), wird er im laufenden Geschäftsjahr möglicherweise ohne Gewinn abschließen.

Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im zivilen Bereich lediglich von der F-27 Gewinne erzielt werden (bisher 655 verkauft), während die Zivlilflugzeuge F-28 und VFW-614 bisher bei weitem nicht die Verkaufszahlen erreicht haben, bei denen die Entwicklungskosten abgedeckt wären. Dazu kommt, daß der Umsatz im militärischen Bereich zunehmend sinkt (zur Zeit etwa 33% vom Gesamtumsatz). VFW erhofft sich nun vor allem von der Tornado-Produktion, an der es mit rund 35% des deutschen Anteils beteiligt ist, eine erhöhte Umsatzsteigerung.

Die schwierige Situation des Konzerns hat in den letzten Monaten zu Auseinandersetzungen um beabsichtigte Entlassungen geführt. Ein Teilerfolg konnte vom Betriebsrat, der IG Metall und der Bürgerinitiative Speyer errungen werden, als nach vielen Protesten die Bundesregierung die Mehrkosten für die Wartung des Hubschraubers CH-53 übernahm und so 800 bis 900 Arbeitsplätze im Werk Speyer gesichert wurden. Jetzt bemüht man sich um die Erhaltung weiterer 300 Arbeitsplätze im Werk Speyer.

MBB

Der größte deutsche Luft- und Raumfahrtkonzern MBB konnte im Geschäftsjahr 1975 seinen Umsatz um 40 Mio. DM steigern. Während der zivile Anteil am Umsatz zurückging, weitete sich der Rüstungsanteil erheblich aus. Neben den im Moment im „raschen Vormarsch" befindlichen Waffensystemen, den Raketen vom Typ Milan, Hot, Roland, Koroman und der Panzerabwehrwaffe 'Armbrust 300' soll vor allem die Aufnahme der 'Programme' Airbus, Tornado und des Hubschraubers BO-105 eine Verdoppelung des Umsatzes bis 1980 bewirken.

Krauss-Maffei

Für die Münchner Rüstungsfirma Krauss-Maffei verlief das Geschäftsjahr 1975 verlustreich. Es war ein Umsatzrückgang von 24% auf 497,3 Mio.DM zu verzeichnen. Die Ursache wird vor allem in dem Fehlen von Anschlußaufträgen für den Kampfpanzer 'Leopard' gesehen. Obwohl inzwischen wieder Panzer dieses Typs nach Dänemark und Australien geliefert wurden und eine kanadische Bestellung von 128 Kampfpanzern vorliegt, wird eine Änderung der Situation nicht vor Herbst 1977 erwartet, wenn die Auslieferung des Flakpanzers 'Gepard' für die Bundeswehr angelaufen ist. Das macht sich auch darin bemerkbar, daß seit Ende 1975 weitere 800 Beschäftigte des Münchner Konzerns entlassen wurden.

MTU

Die Münchner Motoren- und Turbinenunion hofft, ihren Jahresumsatz von 360 Mio DM in diesem Jahr bis 1980 auf annähernd eine 3/4 Mrd DM zu steigern. Allein aus der Produktion des MRCA-Kampfflugzeuges Tornado werden Einnahmen in der Gesamthöhe von 3,5 Mrd. DM erwartet.

aus: antimilitaristische Information 8/9

GROSSES ANTIMILITARISTISCHES FEST DES AMAK

STUTTGART (ID) 21. September

Wie vielen von euch bekannt ist, arbeitet der AMAK (antimilitaristischer Arbeits-Kreis) seit drei Jahren auf dem Gebiet der antimilitaristischen Soldatenbewegung. Dabei unterstützen wir Soldaten und Wehrpflichtige aus Stuttgart durch persönliche Betreuung und Beratung in rechtlichen Fragen. Darüberhinaus aber auch Soldaten und Soldatengruppen im Großräum Stuttgart, die an ihrem Standort (in letzter Zeit gab es in Stetten am kalten Markt, Esslingen und Böblingen solche Gruppen) antimilitaristische Arbeit machen, indem sie öffentlich gegen Schikanen und Mißstände in den Kasernen vorgehen. Vierteljährlich wird zu den Einzugsterminen das Rekrutenflugblatt verteilt, das Tips und Hinweise zum Verhalten beim Bund gibt.

Leider findet die Soldatenarbeit noch immer zu geringe Beachtung in der Öffentlichkeit, aber auch bei jenen Leuten, die als politisch bewußt bezeichnet werden. Im Rahmen unserer Arbeit haben wir auch in den vergangenen Monaten die demokratische Soldatengruppe Stetten a.k.M. auf der Alb unterstützt. Die Stettener Gruppe hatte erst kürzlich für Schlagzeilen gesorgt, als vor der Kaserne zwei Flugblattverteiler vom Wachhabenden mit vorgehaltener Waffen bedroht und in die Kaserne verschleppt wurden. Erst die öftliche Polizei konnte durch ihr Einschreiten die bi beiden befreien. Dann tauchte die Gruppe wieder in der Presse auf, als ein soeben gewählter Vertrauensmann einfach aus der Bundeswehr entlassen wurde. Am 21. Mai verteilten Mitglieder des AMAK vor beiden Kasernen in Stetten die Nummer 3 der Soldatenzeitung „Gegendruck" (hrg.: demokratische Soldatengruppe Stetten) und wurden dabei von Bundeswehrangehörigen und Polizei gehindert. Mittlerweile sind deshalb sieben Verfahren vor dem Amtsgericht Sigmaringen anhängig. Den Verteilern wird offiziell vorgeworfen „Verkehrsbehinderung durch Flugblattverteilen" begangen zu haben. Daß dies nur ein Vorwand ist, um die Öffentlichkeitsarbeit der Soldatengruppe mit allen verfügbaren Mitteln zu unterbinden, bewies die Vorgeschichte.

Da der AMAK nicht organisationsgebunden ist, bestreiten wir bisher sämtliche Kosten aus eigener Tasche. Um die immensen Auslagen für den nun anstehenden Prozeß, in sieben Einzelverfahren aufbringen zu können, veranstalten wir am 19. November 1976 ein großes antimilitaristisches Fest, zu dem jedermann (und hoffentlich auch -frau, die ID-Red.) herzlich eingeladen ist. Der Eintritt beträgt 3,- DM, für Wehrpflichtige ist das kostenlos.

Zu den Veranstaltung erwarten wir etwa 500 Besucher. Walter Mossmann aus Freiburg, die Zupfgeigenhansel aus Esslingen, das Theater des AMAK und eine Reihe von Soldatengruppen haben alle ihre Mitarbeit verbindlich zugesagt. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß auch Vertreter ausländischer antimilitaristischer Soldatenorganisationen auftreten. Benachrichtigt wurden u.a. Vertreter des „apell de cent (Frankreich)" und die holländische Soldatengewerkschaft. Bisher haben wir jedoch von dieser Seite keine festen Zusagen.

Insgesamt sind die Vorbereitungen für das Fest sehr umfangreich. Deshalb bitten wir euch zur Bewältigung der anstehenden Arbeiten um eure tatkräftige Unterstützung. Allein die Vorbereitungen verschlingen schon eine Geldsumme von rund 500 Mark im voraus. (Saalmiete, Plakate etc.). Walter Mossmann und die Gruppe Zupfgeigenhansel haben sich bereit erklärt, ohne Gage für uns aufzutreten. Das ist ein sehr wichtiger Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung, und wir sind sehr froh darüber. Seit neuesem haben wir nun ein Spendenkonto: Postscheckamt Stuttgart, Kontonummer: 1583 52-702. Johann Graf, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, AMAK-Solidaritätsfond.

****

Liebe Leute, spart euch die Beschwerdebriefe: die 'schlaue Zeile' über dem Adreßfeld, die euch auf einen Blick informieren sollte, wann ihr nachzahlen müßt, ist im Moment nicht auf dem neuesten Stand. Wir hoffen, das in etwa zwei Wochen korrigiert zu haben.

AUSLÄNDERBERATUNGSSTELLE ERÖFFNET

NEU ISENBURG(ID)
22. September

Zum Hinweis in ID Nr. 142 („Die Ausländerberatung geht weiter") noch folgendes: Die Initiativgruppe des multinationalen Kulturzentrums (MNZ) in Neu Isenburg hat in der Kronengasse 22 eine neue Ausländerberatungsstelle eingerichtet. (s. auch ID Nr. 133, 134). Die Beratungsstelle, die durch Eigenfinanzierung und Spenden eingerichtet wurde, hat den Zweck ausländischen Arbeitern und ihren Familien Informationen und Hilfe zu geben, wenn es darum geht, Probleme und Konflikte mit Behörden, Ämtern , Betrieben und Hausbesitzern durchzustehen und zu bewältigen, und zwar mit den ausländischen Arbeitern gemeinsam. Die Mitarbeiter haben erklärt: „Bestehende Kontakte zu verschiedenen Ausländern sollen vertieft und neue geknüpft werden. Wir wollen dies auch im Hinblick auf eine stärkere Unterstützung für das nach wie vor notwendige Zentrum. Unsere provisorische Beratungsstelle soll aber nicht ein Büro sein, sondern im Gegenteil, trotz des beschissenen Rahmens (2 winzige Räume) auch die Möglichkeit bieten, sich zu treffen , Veranstaltungen - ausländische Abende zu machen, vielleicht eine Ausstellung. Die bestehende Arbeit und Initiative wird aber erschwert durch gezielte Maßnahmen, die bis zur Kriminalisierung reichen. Wir verweisen hier unter anderem auf Veröffentlichungen in einigen Presseorganen und die Auftaktveranstaltung der SPD zur Wahl in Neu-Isenburg am 9. August (ID 142, „Hauptwache", Sept.).

Darüberhinaus war es der Stadtverwaltung auf einmal sehr schnell möglich, einem ‚islamischen Kulturzentrum' ein Haus für Gebetszwecke in der Ludwigstr. 77 zur Verfügung zu stellen; bisher wurde immer nur auf später vertröstet. Gerade im Hinblick. daß solche Gebetshäuser, wie z. B. in Frankfurt, von rechten Organisationen beherrscht werden, sind wir gespannt, was aus dem Isenburger „Islamischen Kulturzentrum" entsteht. Wir meinen, daß Gebetshäuser die tatsächlichen Pobleme verschleiern und den ausländischen Arbeiterfamilien keinen Schritt weiterhelfen.

Die nächsten Schritte des MNZ: Als Teil der Isenburger Antirepressionstage zeigen wir eine Photoausstellung über die Entstehungsgeschichte des MNZ, von der Schließung der städtischen Beratungsstelle bis zur jetzigen Antirepressionsveranstaltung. Wir planen ab 2. oder 9. Oktober für die nachfolgenden Wochenenden ausländische Abende in der Beratungsstelle. Die Nationalitäten-Gruppen sollten dies nacheinander mit uns organisieren, wobei wir mit ihnen über ihre Situation und ihre Heimatländer diskutieren wollen in aufgelockerter Athmosphäre bei Essen und Musik. "

Die Beratung findet jetzt regelmäßig statt: Mo 14-19 Uhr, Di, Mi, Fr 18-20 Uhr, Do 9-12 Uhr.
Da die Beratungsstelle von der Größe her nur ein Provisorium sein kann, fordern wir und der Club Voltaire in Neu-Isenburg nach wie vor von der Stadt: baldmöglichst geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Spenden können nach wie vor auf unser Konto überwiesen werden:
Volksbank Neu-Isenburg, Multinationales Kulturzentrum
Kto Nr. 21 221.

NEUES LITERARISCH-GESELLSCHAFTSPOLITISCHES PROJEKT

NÜRNBERG (ID)
15. September

Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Region Süd, ruft zur Sammlung von Texten, Liedern und Grafiken auf.

Vom Inhalt her geht es um den gesellschaftlichen Bezug, der mit dem ‚eingreifenden Denken', wie Brecht es nannte, gestaltet werden soll, also um vertieft qualifizierte literarische und künstlerische Aussagen als Mittel, das zur gesellschaftlichen Veränderung im Interesse der Arbeitenden beitragen kann.

Von der Form her können es alle Genres sein, die sich für den jeweiligen Inhalt dieses breiten Spektrums thematischer Möglichkeiten anbieten, im Literarischen z.B. Kurzgeschichten, Erzählungen, Gedichte, Briefe, Berichte, Reportagen, Montagen u.a.m., wobei auch die Mundart ihre Berechtigung hat. Für die Teilnahme gibt es keine regionalen, nationalen oder personellen Einschränkungen. Auch die Zahl der Einsendungen pro Person ist nicht begrenzt. Es empfiehlt sich, schon jetzt mit den Vorbereitungen zu beginnen, z.B. zu recherchieren, weil die gedankliche Vorarbeit unbedingt notwendig ist, um das Material zu erschöpfen und von der bestmöglichen Position aus zu präsentieren.

Die Einsendungen dürfen nur zum Zweck der Erstveröffentlichung eingereicht werden. (Zeitungsabdrucke oder im Eigenverlag herausgegebene Arbeiten zählen hier nicht als Erstveröffentlichungen). Die Einsendungen müssen spätestens am 31.12.1976 zur Post gegeben sein. Die Adresse lautet: Deutscher Gewerkschaftsbund Nürnberg, Abteilung Jugendsekretariat, Kormarkt 7, 8500 Nürnberg. Hier sind auch die genauen Teilnahmebedingungen zu erhalten.

"HEXENGEFLÜSTER 2" – EIN NEUES BUCH DER FRAUEN-OFFENSIVE ODER : warum die Wissenschaft doch nicht am Arsch ist!

FRANKFURT (ID)
22. September

also, wenn frau da so sitzt und denkt, was „man" sich so alles hat einfallen lassen, damit sie immer schön geduckt und arbeitsam bleibt, kann sie ganz schön nahe an denrand der verzweiflung geraten. dieser zustand steigert sich, wenn frau krank wird oder schwanger ist – sie macht sich auf den weg zu ärzten und institutionen, um rat und hilfe zu finden. was sie findet, ist ein un-menschliches räderwerk von verwaltung und repression – am ende hat sie eine handtasche voll medikamente, den arsch voller spritzen, hat auf einigen instrumenten angeschnallt mit und ohne bewußtsein gelegen, hat überhaupt keinen durchblick mehr und eine grenzenlose angst.

jedenfalls mir ist es so ergangen, und meinen freundinnen auch. ich selbst bin anfang des fünften monat schwanger und habe gerade die mühle der „schwangerschaftsberatung" hinter mir – eine prozedur, die nichts, aber auch überhaupt nichts mit m i r zu tun hatte. die folge war ein immer häufigeres, depressives grübeln über sinn und unsinn einer schwangerschaft – obwohl ich in meinen lichten momenten verdammt nochmal darauf bestehe, daß ich l e b e n will, und wenn ich mir das erkämpfe, dann ist die schwangerschaft nur ein teil davon.

das buch „hexengeflüster 2" hat für frauen in meiner situation und überhaupt für frauen zwei wichtige funktionen: erstens informiert es weiter über uns und unseren körper, über neue heilmethoden, es veröffentlicht die einzigen wirklich wissenschaftlichen forschungsergebnisse, die für frauen wichtig sind. und zweitens gibt es konkret an, an wen frau sich wenden kann, um gemeinsam probleme zu lösen, solidarisch zu handeln, z.b. die ganze medizin-mafia aufzumischen!

was ich in dem buch gelesen habe über schwangerschaft und geburt, war das erste wirklich wichtige für mich. und ich habe so ziemlich alle gängigen schmöker auf diesem gebiet studiert und bereits drei kinder geboren. hier ist das handbuch der frauen für den widerstand – kauft es, lest es!

freiheit und glück für alle hexen !!

(von Katharina aus Berlin)

Das Buch „Hexengeflüster 2" ist gegenüber der ersten Ausgabe erheblich erweitert und auf den letzten Stand gebracht worden. Es ist erschienen im Verlag Frauen-Offensive, Josefsburgstr. 16, 8000 München 80; zu kaufen ist es in allen linken Buchläden, vor allem aber in den Frauenbuchläden; *und zwar für 10,- DM*

WAHLBOYKOTT: ACHTUNG, ACHTUNG, JEDE STIMME KANN AB SOFORT GEGEN SIE VERWENDET WERDEN

FRANKFURT(ID) 23. September Die „Gewaltfreie Aktion" hat zum Wahlboykott aufgerufen. In der „Gewaltfreien Aktion" haben sich diejenigen zusammengetan, die sich gewaltlos für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse politisch engagieren. „Da unserer Meinung nach die Mittel dem angestrebten Ziel entsprechen sollen, haben wir uns in einer Gewaltfreien Aktion zusammengeschlossen. Eine gewaltfreie Gesellschaft kann für uns nur eine herrschaftslose sein. Wir lehnen das bestehende parlamentarische System ab, denn unserer Ansicht nach ist eine menschliche Gesellschaft ohne Leistungsstreß und Automatisierung des Menschen nur auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung möglich." Besonders aktiv ist die „Gewaltfreie Aktion" im Kampf gegen Atomkraftwerke und gegen den Militarismus (Gewaltfreier Marsch, ID 143). „Wir von der Gewaltfreien Aktion Frankfurt sehen nun auch in der Wahlzeit eine gute Möglichkeit, gegen das gewalttätige System zu protestieren und andere Bürger zum Nachdenken über Sinn und Unsinn der Wahl anzuregen. Auch wir fordern euch zum Wahlboykott auf:

1) Entweder nicht zu wählen, dies aber durch öffentliche Aktionen bekannt zu machen und Alternativen aufzuzeigen.

2) oder eine Protestwahl durchzuführen, d.h. ihr wählt ungültig, indem ihr z.B. auf den Wahlzettel schreibt „Stop Atomernergie" o.ä. Dieses ungültige Wählen vorher aber auch durch Aktionen bekannt macht. Für diese Art von Wahlboykott spricht, daß die Prozentzahl der ungültigen Stimmen mehr auffällt als die der Nichtwähler und das die Staatsmaschinerie etwas mehr zu arbeiten hat. Außerdem kann man den (Nicht-)Erfolg der Aktion besser erkennen. Wir selbst haben vor, an den nächsten Wochenenden in der Stadt Info-Stände zu machen, wo wir auf einer Stellwand mit Wahlplakatcollagen und mit Info-Blättern zu den Themen Bürgerinitiativen/Produktionsbereich, Militarismus und Programme der Parteien auf die Unfähigkeit der Parteien die Interessen der Bürger zu vertreten aufmerksam machen und die Hetze und Illusionsmalerei aufzeigen wollen."

Die Darmstädter Frauengruppen haben ebenfalls den aktiven Wahlboykott beschlossen, da sich ihrer Meinung nach alle bestehenden Parteien der Frauenfrage gegenüber ignorant und frauenfeindlich verhalten. „Die SPD als ‚kleineres Übel' ist für uns keine Alternative, da wir nicht gewillt sind, mit unserer Stimme eine Politik zu unterstützen, die nicht nur durch Radikalenerlass, §88a und 13oa und Strafgesetzänderungen allgemeine demokratische Rechte einschränkt, sondern vor allem an der weiteren Unterdrückung der Frauen beteiligt ist:

– Verabschiedung des § 218
– Gewaltsames Vorgehen gegen Frauenzentren und Frauenbuchläden durch Polizei und Verfassungsschutz
– Die Wirtschaftkrise wurde wieder mal zum großen Teil auf dem Rücken der Frauen ausgetragen (Zuerst gefeuert, zuletzt geheuert)."

Das Frauenzentrum bereitet außerdem Infostände, Umzüge, Lieder, Straßentheater sowie Flugblatt sowie Plakataktionen vor.

AUFRUF DES FREIBURGER FRAUENZENTRUMS ZUM WAHLBOYKOTT

I. Veranstaltung zu den Wahlen auf dem Freiburger Flohmarkt:

Jupheidi, jupheida
Frauen sind zum Wählen da
neues bla, bla, bla
Für Bildungsplan und Mitbestimmung
ist kein Geld mehr da
die Frauen sind jetzt das Objekt
das neue Politprojekt
Frauen warn schon immer billig
wir sind jetzt nicht mehr willig !
Jupheidi, jupheida, wir sind nicht mehr zum wählen da
Jupheidi, jupheida, Schluß mit dem bla bla.

Wir haben vier Lieder gemacht und gesungen, die inhaltsschwere Rede des hoffnungsschwangeren Bundestagsabgeordneten Dr. h.c. Furzel-Label gehalten und einen Sketch aufgeführt: Wie mann frau dazu bringen will, wie mann zu wählen. Wenn wir uns den Wahlrummel ansehen mit den Verlautbarungen aller Parteien - sowohl der bürgerlichen wie auch der sozialistischen - kann frau hoffen, daß sie künftig im Paradies lebt. Alle wollen nur das beste für uns, wir sind begehrt und umworben wie in sonstigen Zeiten von der Waschmittel- und Unterwäsche reklame. Jetzt, wo jede Stimme „zählt", um die Macht im Staate zu erhalten oder die Stärke der linken Bewegung zu demostrieren, wird uns unsere hervorragende Bedeutung bescheinigt. Viele Linke haben noch vor vier Jahren die SPD gewählt in der Hoffnung, der Freiraum für eigene politische Aktivitäten sei größer als unter der CDU und CSU. Nachdem die SPD den Radikalenerlaß und den § 88a, das menschenfeindliche Atomprogramm, die haarsträubende, entmündigende Indikations„lösung", eingeführt und die Kriminalisierung von Frauenzentren durchgezogen hat, sind die Illusionen über das sogenannte kleinere Übel vorbei. Wie groß muß das kleinere Übel noch werden, bis uns die große Übelkeit überkommt? Die Parteien haben richtig erkannt, daß wir wichtig sind. Nur - wichtig sind wir erst einmal für uns. Wir brauchen keine „Interessenvertretung" mehr, wir lernen gerade sie und uns selbst zu vertreten. Um für uns etwas zu verändern, müssen wir uns schon selbst für unsere Probleme einsetzen. Über Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Selbsthilfeorganisationen können wir uns gegen die scheinbare Allmacht des Staats wehren. Das hat sich unter anderem auch in Whyl gezeigt, wo heute das KKW schon längst gebaut wäre, wenn die Bevölkerung nicht Widerstand geleistet hätte.

ARGUMENTE FÜR DEN WAHLBOYKOTT aus dem Frauenzentrum Hamburg

Es scheint zunächst eine naheliegende Lösung zu sein, massiv zu fordern, doch endlich so viele Frauen in den Bundestag zu wählen, wie es ihrem Anteil in der Bevölkerung entsprechen würde. Dann wären endlich die „weiblichen Belange" adäquat vertreten. Bei dieser Argumentation wird aber vergessen, daß doch auch wir Frauen so sehr von den männlichen Normen geprägt sind, daß wir noch gar kein wirkliches Bewußtsein entwickeln konnten. Dies hat sich besonders deutlich in der Auseinandersetzung um den § 218 gezeigt. Und so dürfte es auch aussehen, wenn es um die Abschaffung von Leichtlohngruppen, Halbtagsstellen für Männer und Frauen, Hausfrauenvereine usw. usw. geht. Die Präsenz von Frauen ist doch keine Garantie für eine demokratische Politik, solange Entscheidungen nicht für Menschen getroffen werden, sondern innerhalb einer Institution, die hierarchisch strukturiert ist und wo Entscheidungen so gefällt werden, daß das Machtgefüge erhalten bleibt.



Dieser Aufkleber kann bei der Kulturgruppe des Frauenzentrums Hamburg, Langenfelderstr. 64 d, 2 Hamburg 50 bestellt werden. 2000 Stück kosten 54 DM plus Porto.

Wir haben keine Chance in den Parteien und durch die Parteien, und auch eine Frauenpartei unterliegt den gleichen institutionellen Bedingungen und Strukturen. Für uns gibt es nur noch die Möglichkeit eines außerparlamentarischen Parlaments, wie sie die Frauenbewegung darstellt, um wirkliche Veränderung zu bewirken. Ein wirkungsvolles Beispiel eines derartigen Engagements haben die Frauen in Island praktiziert: sie haben einen ganzen Tag jegliche Arbeit verweigert ! 2 Tage eines solchen solidarischen Handelns von Frauen und alles würde zusammenbrechen: Schulen, Fabriken, Büros, Krankenhäuser-alles.! Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung !! Stimmenthaltung ist daher kein Ausdruck passiver Resignation, sondern ein wichtiger Schritt eigenständigen politischen Handelns - eine unserer wenigen, sehr wichtigen Möglichkeiten, Druck auszuüben und zu zeigen, daß wir anfangen, uns zu wehren, daß wir versuchen, eigene Wege zu gehen. Wählen wir aber wieder, wie in all den anderen Jahren bleibt bestimmt alles beim alten. Darum: Frauen - Macht mit beim WAHL-BOYKOTT !

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE : GEW KONKURRENZLOS IN FÜHRUNG

FRANKFURT (ID) 22. September

Der Bundesvorstand des DGB gibt in einer Mitteilung an die DGB-Kreisverbände eine Übersicht der Gewerkschaftsausschlüsse des ersten und zum Teil auch des zweiten Quartals 1976. Die Gründe für die Ausschlüsse sind differenziert nach:

A = Verstoß gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse
B = gewerkschaftsschädigendes Verhalten im Zusammenhang mit Kampfmaßnahmen – Streikbruch –
C = gewerkschaftsschädigendes Verhalten im Zusammenhang mit Betriebs- und Personalratswahlen
D = Sonstiges
E = ohne Angabe von Gründen

GEWERKSCHAFT	Ausschl.insg.	AUSSCHLUSSGRÜNDE: A	B	C	D	E
Bau-Steine-Erden	7		7			
Chemie-Papier-Keramik	5	1		4		
Druck und Papier	2		1		1	
Erziehung & Wissensch.	114	114				
Handel-Banken-Versich.	2	2				
Holz und Kunststoff	5		4		1	
Postgewerkschaft	20	6			9	5
Eisenbahner	1				1	

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

I N T E R N A T I O N A L E S

WENN AUCH DIE MUSIK HINTER SCHLOSS UND RIEGEL MUSS–ZU DEN NEUESTEN PROZESSEN IN DER CSSR

CSSR (ID/LIB) 22. September

Zur Vorgeschichte:
Im März 1976 werden in verschiedenen Städten der CSSR in einer konzentrierten Aktion 22 Personen festgenommen: Mitglieder und Freunde der beiden U-Bands „Plastic People of the Univers" und „Diagnose 307".
Sie werden der öffentlichen (Friedhofs-) Ruhestörung angeklagt und in einer Hetzkampagne der Medien wird dann dem angeödeten Publikum in grosser Lautstärke was von „Drogensüchtigen und Rowdies" vorgeleiert, um zu überspielen, das jetzt die Justiz mit Gitterblick das schaffen soll, was Studien- und Berufsverbote, Verweigerung von Anstellungen überhaupt oder Zulassung zu den miesesten Jobs nicht erreicht haben an Besinngelichterung. Irgendwann im Vorfrühling wird ihr Prozess nun stattfinden, der immer wieder verschoben wurde. Nach durchschnittlich einem halben Jahr U-Haft kamen jedoch inzwischen bis auf 4 Personen alle gegen Kaution auf besonders freien Fuss (angeblich aus Rücksicht gegenüber dem Außenminister Schnupeck seine Westhandelsgelüste - er besucht gerade Great Britain).

Ihr Rausch war natürlich ein anderer:
Sie sind alle so etwas wie non-konfirmierte Künstler und sehr beliebt in der Grossen Opposition der CSSR. Sie entstanden mit dem ganzen Unkraut der sechziger Jahre und sind in ihren Texten und ihrer Musik ein bisschen von Gruppen wie Zappa und den Mothers, Velvet Underground, Can etc. beeinflusst, auch wenn sie nen sehr eigenen Stil haben. Plastic People z.B. spielen mit ner Violine und nem Sänger mit ner wahnsinnig klaren, tiefen Stimme. Beide Bands machen Ihre Texte selbst, natürlich auf tschechisch, und ihre Sprache ist sehr bilderreich, aber immer auch konkret genug, um verstanden zu werden. Eines ihrer Lieder handelt z.B. von der „Papierwelt", und was sie davon zuerst anzünden würden (also z.B. Papierschulen, Papier-Evolutionen, Papier-Revolutionen), ein anderes handelt von einem anderen Leben („ jeden Morgen machen wir ne Säuberung, jede Nacht werden wir uns lieben, jede Stunde sind wir bereit zum Tod, bereit zur einzigen Begeisterung, die wir noch verdrängen...") und manchmal singen sie auch Zimmermann und Lennontexte, und wenn sie jemals die Internationale spielen würden, wacht auf, ihr Penner, sie würden sie wohl spielen wie Jimi das „Star Spangled Banner" gespielt hat....

Dabei verstehen sie sich politisch als unpolitisch, Politik ist für sie identisch mit Korruption, wo jeder, der in seinem Job ne Karriere machen will, zuerst mal Vereinsmitgliedschaft beantragt, und viele Linke darin enden, zu hoffen und zu beten dafür, daß die jeweils „gemäßigte" Taubenfraktion unter den Oberpigs im ZK sich durchsetzt. Auch wenn bekanntlich das Verbotene gerade scharf macht, sind sie doch bestimmt nicht „pro-westlich", sie sagen viel mehr, es geht um den ganzen Kram, der sich hier so als Zivisilation angeschrottet hat, um die ganze satte Bürger- bzw. Genossengesellschaft, und lieben alle vier Himmelsrichtungen. Sie machen das Absurde lächerlich und führen das Lächerliche ad Absurdum. Klar auch, daß ihre Musik in diesem repressivsten Land des Ostblocks ne ganz andere Funktion hat als bei uns, sie ist eben nicht Konsumartikel, sondern unter obigen Umständen erkämpfte Gegenkultur, unter einem morschen, reinen Polizeiregime in einem ertränkten Land schon sone Art wunderbare Katakombenmusik, die nicht zu vernichten ist und sich großer Zirkulation im ganzen Land erfreut. Die jetzigen Maßnahmen sind natürlich nicht zu trennen von der Gesamtentwicklung in der CSSR, auf die sich unsere nette Linke wohl überhaupt nicht mehr beziehen kann. Schon die Humanita, die Zeitung der italienischen KP, stellte kürzlich dazu fest, daß es seit 68 keinen wesentlichen Fortschritt in der CSSR zu verzeichnen gäbe. Es beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß Husak mit seiner seit 69 um eine Million Kommunisten erleichterte Partei krampfhaft versucht, die Wirtschaft zu stabilisieren, und zwar unter Beibehaltung strengster Zentralisierung und des hohen Prozent-

satzes an Produktion für die SU, um so endlich den sorg- und machtlosen, uns abgeguckten Fernsehbürger und Musteridioten zu schaffen, den er braucht. Insofern die meisten Dinge ohne Preiserhöhungen auf dem Markt zu haben sind, hat er das auch erreicht- von den wirklichen Schwierigkeiten hört man jedoch nichts, nur eben von immer wiederkehrenden Planungsproblemen, die damit zusammenhängen, daß die Basis eben einfach zu weit von oben entfernt ist. Personen, die bei sonem Programm noch mit Selbsttätigkeit und Diskussion ankommen, werden da natürlich konsequent gestrichen, sind unrentabel, tote Kosten. Dementsprechend gibts noch einige Marxengelswerke, Erinnerungen an den Genossen Gottwald, Leninbüsten, viele Bildbände „Wälder und Wiesen in Böhmen", und was Erbauliches fürs Touristenpack, das ist aber auch alles. Der Rest der Kultur hängt 'n Stockwerk tiefer. Künstler können nicht öffentlich ausstellen, Literatur ist reiner Samizdat, Vaclav Havels Theaterstücke und Vakulics Prosa z.B. bleiben geheim, und auch die beiden oben gannanten Bands durften nur noch privat auf Hochzeiten und Geburtstagen spielen., wo dann Freunde von überall her kamen, sich aber vorher jeder einzelne seine Einladung zum Hochzeitsmahl bei der örtlichen Behörde registrieren lassen musste.... Kurz nach der Hochzeit eines Bandmitglieds fand dann auch die große Märzverhaftung statt.

Wir werden uns um genauere Informationen bemühen und weiter darüber berichten, fordern euch aber auf, schon jetzt mal mit den tschechischen Institutionen in der BRD „konstruktiv" zu verkehren (Botschaft in Bonn, Konsulat in Berlin, Freundschaftgesellschaften etc).

Wir haben nichts gelernt,
wir haben keine Ahnung, wir verstehen nichts,
wir haben nichts zu verkaufen,
wir helfen nicht,
wir verraten nicht,
und wir vergessen nicht.

(Plakat von August 68)

Freunde tschechischer Volksmusik und internationaler Umstürze

NOEL MURRAY WILL EINSPRUCH GEGEN DIE TODESSTRAFE ZURÜCKNEHMEN

DUBLIN (ID) 14. September — Noel Murray, der zusammen mit seiner Frau Marie des Mordes an dem Polizisten Michael Reynolds beschuldigt und zum Tode verurteilt wurde, will seinen Einspruch gegen das Todesurteil zurücknehmen. Über den Einspruch und den seiner Frau soll am 1. November vor dem Obersten Gericht verhandelt werden. Noels Mutter sagt zu seinem Entschluß:„Niemand kann ihn davon abbringen. Er sagt, daß dies keinesfalls ein Eingeständnis seiner Schuld sei. Vielmehr seien es andere Gründe, Einschränkungen wie beispielsweise: er sei 20 Stunden am Tag alleine eingesperrt, von den anderen Gefangenen isoliert, dürfe nicht mit ihnen Handball spielen. In einem Brief an seine Mutter schrieb Noel Murray vor etwa einem Monat:„Es tut mir leid, daß ich dir die Gründe nicht sagen kann, die zu meinem Entschluß führten, um die Zurücknahme des Einspruches nachzusuchen. Aber ich kann dir versichern, daß ich die ganze Sache sehr sorgfältig durchdacht habe, bevor ich die Entscheidung traf, von der ich glaube, daß es der beste Weg ist."

Den Mitgliedern des Murray-Verteidigungs-Komitees, wurde bislang nicht erlaubt, die beiden Gefangenen zu besuchen, die in verschiedenen Gefängnissen untergebracht sind. Marie im Montjoy-Gefängnis, Noel im Militärgefängnis Curragh.

Nach Angaben eines Komiteemitglieds werden die beiden Gefangenen 24 Stunden am Tag beobachtet, werden ihnen Briefe vorenthalten, wird ihnen Bücher und anderer Lesestoff verweigert, dürfen sie sich nicht sehen und sprechen.

DIE LOYALISTEN PROBEN DEN AUFSTAND

BELFAST (ID) 14. September — Die Tumulte in den nordirischen Gefängnissen haben sich in der letzten Zeit gehäuft; sowohl im Maze-Gefängnis in Long Kesh wie im Magilligan-Gefängnis im County Derry und im Gefängnis an der Crumlin Road in Belfast. Das hat mit seinen Grund darin, daß die Behörden dazu übergehen wollen, neuen Gefangenen den speziellen Status, den politische Gefangene noch haben, nicht mehr zuzugestehen.

In Long Kesh gibt es in dem Teil des Lagers, in dem Loyalisten untergebracht sind, am Freitag dem 11. September Putz. Nach offiziellen Darstellungen wollten Gefängnisbeamte einige UDA-Mitglieder rausholen und anderswo unterbringen, nachdem zuvor in den UDA-Unterkünften etwa 100 selbstgemachte Schlagstöcke aus Holz und Metall gefunden worden waren. Beim Versuch, die Gefangenen rauszuholen, wurden die Beamten mit Schlagstöcken angegriffen. Am Ende sind 32 Gefangene und 6 Beamte verletzt, 40 UDA-Mitglieder werden nach Magilligan verlegt, 60 andere in andere Teile von Long Kesh gebracht.

Am Samstag, dem 12. September beschuldigt der UDA-Führer Andy Tyrie die Gefängnisbeamten, sie hätten die Gefangenen überfallen und zusammengeschlagen. Er fordert eine Untersuchung der Vorfälle durch eine unparteiische Kommission. Zu den Vorfällen in Long Kesh legt er den Brief eines Gefangenen vor, in dem es heißt:„Sie kamen am Freitag mit großem Aufgebot, ausgerüstet mit Schlagstöcken, Gewehren für Hartgummigeschosse und Tränengas, ca. 150 von ihnen für jeden ‚Käfig', etwa 400 Soldaten haben die Aktion von außen abgesichert."

Um seiner Forderung nach einer Untersuchung Nachdruck zu verleihen, kündigte Tyrie einwöchige Tumulte in allen loyalistischen Gebieten an. Eine ähnliche Aktion fand schon einmal, im Februar, statt. Damals entführten UDA-Mitglieder in einer Nacht 93 Fahrzeuge und zündeten 38 an. Die protestantische Terrorgruppe „Ulster Freedom Fighters", von der auch gesagt wird, sie sei nichts anderes als eine „Strohmann-Organisation" für die UDA, gibt eine Erklärung heraus, in der ebenfalls eine Untersuchung der Vorfälle gefordert wird, andernfalls „sehen wir alle Gefängnisbeamte als Ziel unserer Angriffe" an. Den Gefängnisbeamten, die in loyalistischen Unterkünften Dienst tun, wird in der Erklärung nahegelegt, nicht zur Arbeit zu gehen. Mindestens ein Gefängnisbeamter wird in den folgenden Tagen aus seiner Wohnung geholt und so gezwungen, nicht zur Arbeit zu gehen.

Am Montag, dem13. August,machen die UDA-Mitglieder die Ankündigung von Tyrie wahr: sie entführen in den Loyalisten-Gebieten in Belfast und Umgebung Fahrzeuge, setzen sie in Brand, bauen Barrikaden und legen mehr als 40 Bomben. Diese Umtriebe werden am Dienstag fortgesetzt, flankiert von einer neuen Erklärung der UDA, in der es heißt, daß die Unruhen eingestellt würden, sobald eine unabhängige Organisation die Erlaubnis erhält, die Vorfälle in Long Kesh zu untersuchen. Die zuständigen Behörden reagieren, indem sie einen Sprecher auf eine frühere Erklärung hinweisen lassen, in der mitgeteilt wurde, die Anschuldigungen müßten entschieden zurückgewiesen werden, das Verhalten der Beamten sei ruhig und diszipliniert gewesen. Am Samstag hatte Andy Tyrie die Frauen der Friedensbewegung direkt angesprochen: „Ich will sie fragen, was es damit auf sich hat, wenn Gefangene niedergeschlagen werden. Diese Leute sind doch gegen die Gewalt. Warum fordern sie denn keine Untersuchung der Vorfälle? " Drei Tage später erhielt Tyrie eine Antwort, die sicher nicht nach seinem Geschmack war.

Am Dienstag, 14. September, entführen Jugendliche in der loyalistischen Shankill Road zwei Busse. Daraufhin kommen am frühen Nachmittag Frauen der Friedensbewegung auf die Straße. Nach einigem hin und her blockieren sie die Shankill Road und lassen die „schwarzen Taxis", die fest in UDA-Hand sind und von denen aus das Gebiet kontrolliert wird, nicht durch. Es wird beschlossen, um drei Uhr eine Versammlung auf der Straße abzuhalten. Kurz vor Beginn der Veranstaltung mit einem Pfarrer an der Spitze wird ganz in der Nähe ein Sprengsatz plaziert — die Friedenskundgebung findet dennoch statt.

WOHIN MARSCHIEREN DIE VIELEN FRAUEN ?

IRLAND (ID) 12. September — Die Informationen zum folgenden Artikel, verfaßt von einem Irland bereisenden Genossen, stammen zum Großteil aus irischen Zeitungen (bürgerlichen und linken), weniger aus Gesprächen mit Iren aus der Republik. Keiner der Leute, mit denen er gesprochen hat, war oder ist irgendwie persönlich an der Bewegung „Frauen marschieren für den Frieden" beteiligt, wohl aber durch die eine oder andere Organisation, der er/sie angehört.

Vorbemerkungen:

Was man über die Bewegung sicher sagen kann, ist dies:
1. Sie wird fast ausschließlich von Frauen getragen
2. Sie ist im Belfaster Katholikenviertel Andersontown entstanden
3. Die Kirche spielt seit Anbeginn eine bedeutende Rolle
4. Es sind zum Großteil Frauen der Mittelschicht, die sich engagieren, wohl aber auch Arbeiterfrauen, Republikanerinnen
5. Es beteiligen sich sowohl Katholiken wie Protestanten.

Der Bericht:

Die Bewegung „Frauen marschieren für Frieden" entstand als Reaktion auf einen Unfall am 10. August im Belfaster Katholikenviertel Andersontown: nach einer Schießerei verfolgen Soldaten der britischen Armee einen gestohlenen Wagen, in dem zwei Mitglieder der Provisional IRA sitzen. Der Wagen rast in der Finaghy Road North und erfaßt Anne Maguire sowie ihre drei kleinen Kinder. Die Kinder sterben, die Mutter liegt schwerverletzt im Krankenhaus.

Über die Unfallursache gibt es zwei Versionen:
Der Fahrer, Daniel Lennon, wie die Familie Maguire aus Andersontown, hat die Kontrolle über den Wagen verloren und ist beim Unfall ums Leben gekommen.

Die andere Version: Lennon war bereits tot – von britischen Soldaten erschossen – als der Wagen verunglückte.

In der irischen Presse setzte sich nach und nach die erste Version durch, nachdem zunächst die zweite wenigstens in Betracht gezogen wurde.

Einen Tag später verurteilt Mairead Corrigan, eine Tante der getöteten Kinder, die Gewalt in Rundfunk und Fernsehen. Im protestantischen Westbelfast und in Andersontown versammeln sich jeweils etwa 50 Frauen zum Protest. Den Tag darauf pilgern über tausend Frauen zur Unfallstelle, um dort den Rosenkranz zu beten. Ein katholischer Priester führt die Prozession an. Bis zu diesem Tag haben Frauen aus Andersontown 6000 Unterschriften gesammelt für eine Petition, in der die Povisional IRA aufgefordert wird, die Gewaltakte einzustellen.

An diesem Tag, dem 12. August, gibt Betty Williams im Fernsehen eine erste Erklärung „als Sprecherin vieler Frauen" ab. Sie fordert protestantische Frauen zur Teilnahme an einer Friedenskampagne auf: „Herr Maguire soll seine Kinder nicht umsonst verloren haben. Es muß endlich Frieden einkehren."

In Anzeigen und in Zeitungen werden Frauen und Männer von Belfast aufgefordert, zur Beerdigung der Maguire-Kinder nach Andersonstown zu kommen, um so ihren „Abscheu gegen Gewalt" kundzutun.

Zur Beerdigung kommen Tausende, einen Tag später zum ersten Belfaster Friedensmarsch kommen etwa 10000 Frauen und wenige Männer, den Samstag darauf sind es 20000 Menschen, vornehmlich Frauen, die für den Frieden marschieren; wieder eine Woche später demonstrieren im Belfaster Protestantenviertel Shankill Road 20000, in Dublin ebensoviel. Kleine Sympathiemärsche finden in zahlreichen Städten Nordirlands und der Republik Irland statt. Kundgebungen in England werden geplant. Der samstägliche Friedensmarsch ist zur steten Einrichtung geworden. Woche um Woche gehen mehr Menschen auf die Straße.

Die Friedensmärsche verlaufen stets nach Belfaster Muster: Es werden keine Reden gehalten, sondern Gebete und es wird gesungen, meist Kirchenlieder. Am Zielort gibt es eine kurze Andacht und die Friedensdeklaration wird gelesen. In der Friedenserklärung der Belfaster Frauen heißt es:

„Wir von der Bewegung für den Frieden haben eine einfache Botschaft an die Welt: Wir wollen leben und lieben und eine gerechte und friedvolle Gesellschaft aufbauen. Wir wünschen für unsere Kinder wie für uns selbst, daß unser Leben zuhause, bei der Arbeit und beim Spiel voller Freude und Frieden sei.

Wir sind uns bewußt, daß der Aufbau solch eines Lebens von uns allen harte Arbeit und Mut verlangt.

Es ist uns klar, daß es in unserer Gesellschaft viele Probleme gibt, die Ursachen für Konflikte und Gewalt sind.

Wir sind der Ansicht, daß jede abgefeuerte Kugel und jede explodierende Bombe diese Arbeit erschweren.

Wir lehnen den Gebrauch von Bomben, Kugeln und anderen Techniken der Gewalt ab.

Wir verpflichten uns, mit unseren Nachbarn nah und fern Tag für Tag zusammenzuarbeiten, um diese friedfertige Gesellschaft aufzubauen, in der die uns bekannt gewordenen Tragödien eine schlimme Erinnerung und eine stets Warnung sind."

Den Frauen gelingt es, das sektiererische Verhalten zu durchbrechen. So fahren Frauen aus den Protestantenvierteln von Belfast in Bussen in das katholische Andersonstown, gehen Katholiken teils zum ersten Mal in ihrem Leben in die nur wenige hundert Meter von ihrem Heim entlegene Shankill Road, wo die Bewohner beim 3. Belfaster Friedensmarsch erstmals seit Jahren wieder mit dem Anblick katholischer Priester und einer großen Zahl Nonnen konfrontiert sind.

Dieses plötzliche Miteinander lange zerstrittener Anwohner bleibt manchem unverständlich. Bei den Friedensmärschen kommt es zu Handgreiflichkeiten. Gegendemonstranten, zumeist Mitglieder oder Sympathisanten der Provisionals, schimpfen die Friedensmarschiererinnen Verräter, Informanten, Britenliebchen. Als Frauen aus der Shankill Road durch Andersonstown laufen, ruft eine Frau: „Sie sollten nicht hier sein, diese aus der Shankill Road sollten nicht hier sein – diese aus der Shankill Road haben mein Kind ermordet, er war erst vierzehn, er war erst vierzehn Jahre alt." Als zu Derry die Marschierer „Irische Augen leuchten" singen, ruft eine alte Frau: „Verräter, lächelt nur, euer Bursche wird im Gefängnis zusammengeschlagen und da singt ihr ‚Irish Eyes are smiling'".

Mancher Republikaner im Süden und Norden verfolgt die Friedensbewegung mit Skepsis. Sagte eine alte Gewerkschafterin in Dublin: „Ich persönlich halte nichts von der Bewegung; es ist so eine Art guter Beschäftigung für mehr oder minder Mittelklassefrauen. Wir dagegen kämpfen seit Jahrzehnten unter großen Opfern und ich sehe nicht, wie irgend etwas erreicht werden kann, indem man nur marschiert und betet." Ähnlich äußert sich eine sozialistische Frauengruppe Derry in einem Flugblatt:

„Wir alle wollen Frieden. Jeder vernünftige Mensch will Frieden. Doch es reicht nicht aus ihn nur einfach zu wollen oder zu tausenden zusammenzukommen und zu sagen, daß wir Frieden wollen. Wir müssen fragen, warum wir keinen Frieden haben, andernfalls werden wir ihn nie bekommen. Ein erster Schritt müßte von den Briten kommen: nämlich die Verteidigung dieses undemokratischen Staates aufzugeben und das irische Volk in Frieden zu lassen, so daß es seine eigene freie Zukunft aufbauen kann."

Am Tage der Beerdigung der Maguire-Kinder nehmen die Provisionals erstmals Stellung: „Tatsache ist, daß sich britische Propagandisten und ein Konglomerat aus pro-britischen Elementen, darunter die Presse, die Priesterschaft, die Alliance Party, die Sozialdemokraten und andere aufgeschwungen haben, die republikanische Bewegung zu zerschlagen. Dabei nutzen sie die zerrüttete Situation der Verwandten der Kinder aus.

Das Ereignis, das zum Tod der Kinder führte, ist einseitig dargestellt worden. Lennon war bereits tot, als der Wagen verunglückte; die Insassen des Wagens haben auf die britischen Verfolger nicht geschossen, das Gewehr, das im Wagen gefunden wurde, war unbrauch-

bar. Zahlreiche Zeugen können dies beweisen.

Die Provisionals bedauern zutiefst den Tod der Maguire-Kinder, deren Tragödie durch die britischen Propagandisten ausgebeutet wird, die die offensichtliche Tatsache ignorieren,daß die britische Armee unmittelbar verantwortlich ist.

Nach dem ersten Belfaster Friedensmarsch schreiben die Provisionals in „Republican News":„Die Demonstration in der Vorwoche ist nicht spontan sondern inszeniert gewesen, eine Mobilisierung antirepublikanischer Kräfte, die ihre Bereitschaft zur Kollaboration gezeigt haben."

Am 14. August wird in Südarmagh die 12jährige Majella O'Hare von britischen Soldaten erschossen. Auf einer Protestversammlung anläßlich ihres Todes sagt am 21. August Joe Stagg, Bruder von Frank Stagg, der im Hungerstreik starb:„ Die britische Armee hat die Frauen von Belfast in eine Propagandabewegung hineinmanövriert. Die Belfaster Frauen sind zu der Veranstaltung eingeladen worden, sind aber nicht gekommen. Hätte der Tod von Majella der Provisional IRA zur Last gelegt werden können, dann wären diese Frauen heute hier. Sie marschieren für den Frieden um jeden Preis, für die Restaurierung des alten Stormont-Regimes, für die Wiedereinführung aller alten Ungerechtigkeiten." Mary Ward von den Provisionals Sinn Fein in Dublin sagt, der Ruf der Belfaster Frauen nach Frieden könne nicht ernst genommen werden, solange nicht sie den Abzug der britischen Armee aus den Straßen und demLand fordern.

Die meisten anderen republikanischen Organisationen, allen voran die Official Sinn Fein, verhalten sich positiv zur Friedensbewegung und rufen ihre Mitglieder auf,die Frauen zu unterstützen. Sie heben zweierlei hervor:

Es sei von Beginn eine spontane Bewegung von Arbeiterfrauen gewesen und die Bewegung sei antisektiererisch.

Sie warnen jedoch davor, daß die „Guttäter" der Mittelklasse die Führung übernehmen. Das würde das Ende bedeuten.

Die Organisatoren der Friedensmärsche wollen von derlei Fragen und Problemen nichts wissen, auch wenn sich Frau Williams und Frau Corrigan aufgrund der Kritiken gezwungen sehen, am 25. August eine zweite Erklärung abzugeben:

„Es ist zwei Wochen her, seit die Bewegung der Friedensleute begann. Wir sind angeregt worden durch die fantastische Antwort der Leute, haben aber auch einiges über das politische Minenfeld erfahren, das Nordirland ist und wie leicht unser Bemühen zugrunde gerichtet werden kann bei einem falschen Schritt oder falschem Wort einer jeden von uns...

Wir müssen verhindern, daß wir vom Friedenspfad abkommen und ins Kreuzfeuer jedweder Propaganda geraten. Wir haben auch nicht die Mittel, jeden einzelnen Vorfall zu untersuchen. Des weiteren sind wir nicht dazu bestimmt, Menschen zu verdammen, sondern Frieden zu schaffen....

Wir sind auch beschuldigt worden, den Schutz einer paramilitärischen Organisation (der loyalistischen UDA) akzeptiert zu haben. Als friedliebende Menschen haben wir Gott um seinen Schutz gebeten,und wir sind bereit, das ganze Risiko zu tragen. Wir sagen einfach zu jedem, der in eine der Offensiven verwickelt ist – oder wie sie meinen: der defensiven Gewalt – über Frieden nachzudenken und dem Frieden eine Chance zu geben,um die Probleme zu lösen, die die ganze Politik und alle Gewalt nicht zu lösen imstande war.

Dann gibt es welche auf beiden Seiten, die uns dazu bringen wollen, die Sicherheitskräfte zu verdammen oder sie gut zu heißen, entweder allgemein oder im Zusammenhang mit bestimmten Zwischenfällen. Die Frage der Sicherheitskräfte ist eben jene, über die sich Politiker über Jahre hin im Fernsehen ereifert haben und aus der die unterschiedlichen paramilitärischen Organisationen uns ihre eigene Legitimation erklären wollen. Wir haben angefangen zu verstehen, welch Minenfeld diese Frage umgibt, welch unterschiedliche Antworten verschiedene Leute von uns in dieser Frage erwarten.

Wir sind überwältigt vom Ausmaß der Arbeit für den Frieden, die notwendig ist und geben hier bekannt, daß wir keine dieser sicherheitspolitischen Fragen beantworten werden ..."

INTERNATIONALE PROTESTWOCHE GEGEN DIE TODESURTEILE IN IRLAND

OBERURSEL (ID) 22. September

Das Muttay Defence Committee ruft für die Zeit vom 10. bis 20. Oktober zu internationalen Protesten und Demonstrationen gegen die Todesurteile in Irland auf.

Noel und Marie Murray waren am 9. Juni des Jahres vor einem Sondergericht zum Tode durch Erhängen verurteilt worden. Ihr Einspruch gegen das Urteil wurde am 26. Juli vom Obersten Gerichtshof abgelehnt. Daraufhin legten sie einen zweiten Einspruch ein.

Sie waren für schuldig befunden worden, im September letzten Jahres in einem Handgemenge den Polizisten Reynolds erschossen zu haben. Für die Ermordung eines Polizisten sieht das irische Sondergesetz die Todesstrafe vor. Gardai Reynolds befand sich aber zur Tatzeit in Zivil und war außer Dienst: wer immer ihn auch erschossen hat, konnte nicht ahnen, daß er einen Pflichteifrigen Polizisten vor sich hatte.

In diesem Sinne lautet Noel und Maries zweiter Einspruch, über den am ersten November vor dem Obersten Gerichtshof entschieden werden soll. Im Falle der ernsthaft befürchteten Ablehnung ist mit ihrer Hinrichtung an jedem folgenden Tag zu rechnen.

Es gibt kaum jemanden in Irland, der noch an der Ablehnung zweifelt. Offensichtlich hat auch Noel Murray, der wie seine Frau das Sondergericht zu keiner Zeit anerkannt und am Prozeß nicht teilgenommen hat, keine Hoffnung mehr auf Anerkennung des Einspruchs: er hat seinen Einspruch Anfang September zurückgezogen. (Siehe dazu die Meldung in dieser Nummer) Seine Freunde nehmen an, daß sein Opfer der letzte und einzig mögliche verzweifelte Versuch ist, wenigstens seine Frau vor der Exekution zu retten.

Es liegt nun wesentlich an uns, ob Noel und Marie am Leben bleiben können. Die irische Regierung hat den Notstand erklärt, es herrschen Ausnahmegesetze und Pressezensur. Dem Murray Defence Committee wird die Arbeit fast verunmöglicht, seine Mitglieder sind auf jedem Schritt von Zivilpolizisten velagert und umlauert, geraten abwechselnd für je sieben Tage ohne richterlichen Haftbefehl in Vorbeugehaft, ihre Wohnungen werden in regelmäßigen Abständen von Polizei und Militär durchsucht, Akten und Adresse beschlagnahmt.

Diese gezielte Repression hat schon jetzt nahezu erreicht, jede Solidarisierung zu verhindern.

Das Murray Defence Committee wendet sich deshalb mit folgenden Vorschlägen an Freunde und Genossen überall:

1. Schickt delegierte Beobachter zur Verhandlung am 1. November.
2. Organisiert Pickets und Demonstrationen vor irischen Einrichtungen.
3. Organisiert Boykotte gegen Sportlermannschaften aus der Republik Irland.
4. Sprecht mit lokalen Sektionen von amnesty international, fordert sie auf, Druck auf die irische Sektion auszuüben, deren Mitgliedschaft sich zum erheblichen Teil aus offiziellen Regierungsrungsvertretern zusammensetzt. Fordert den Ausschluß der irischen Sektion aus amnesty international.
5. Schickt BErichte und Fotografien von allen Protestaktionen an die irische Botschaft in eurem Land und an das Murray Defence Committee.
6. Bewegt bekannte Persönlichkeiten dazu, Protestbriefe und Resolutionen an irische Zeitungen und regierungsöffentliche Organe zu schicken.
7. Bittet Rechtsanwälte und Notare, durch ihre Organisationen Protest einzulegen.
8. Macht euch bei allen irischen Vertretungen in euerem Land bemerkbar, wie bei kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen, Touristikbüros und Handelsvertretungen.
9. Bittet Frauengruppen, Briefe an die Gefangenen und ihre Eltern zu schreiben und in ihren Zeitungen für die internationale Protestwoche zu mobilisieren.
10. Schreibt direkt an Noel Murray, schickt eine Kopie des Briefes an die irische Botschaft, fordert die Weiterleitung des

Briefes auf dem diplomatischen Weg.

11. Macht weiter mit Unterschriftensammlungen und Petitionen.
12. Fordert Gewerkschaften auf, irischen Warenhandel zu boykottieren.

Darüberhinaus sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt!

Im Rahmen der internationalen Protestwoche wird ein Mitglied des Murray Defence Committees zu Veranstaltungen nach Frankfurt kommen. Wir fordern ASten und politische Gruppen im ganzen Bundesgebiet auf, Protestversammlungen für diese Zeit zu organisieren.

Alle Briefe und Resolutionen sollen an folgende Adresse geschickt werden:

Murray Defence Committee
155 Church Road
Celbridge
CO. Kildare

Irische Botschaft in der BRD
Kölner Str. 54
53 Bonn-Bad Godesberg

President of Supreme Court
Phoenix Park
Dublin

Noel Murray
Curragh Detention Camp
co. Kildare

Marie Murray
Mountjoy Prison
Dublin

Eine englischsprachige Dokumentation über den Fall kann beim Irlandkomitee bestellt werden:

Irlandsolidaritätskomitee
PF 35
6370 Oberursel 5.

KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFTEN: CIA, CDU UND MISEREOR

ECUADOR (ID)
20. September

Im Mai 1976 spielten sich in Ecuador innerhalb der Gewerkschaften interne Machtkämpfe ab, die aufgrund der Entstehungsgeschichte zumindest der christlich orientierten Gewerkschaftszentrale durch ihre Verbindungen zu bundesrepublikanischen Hilfsorganisationen für deutsche Leser interessant sein dürften:

Zur Zeit existieren drei Gewerkschaftszentralen in Ecuador, die in jüngster Vergangenheit, vor allem ab Mai 1975, verstärkt zu Aktionseinheiten gekommen sind und die Tendenz zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft (CUT — Central Unica de Trabajadores) erkennen lassen. Im einzelnen handelt es sich um

1. CEDOC (Central Ecuatoriana de Organizaciones Clasistas) mit christdemokratischer Fraktion, letztere seit etwa einem Jahr im Entstehen begriffen;

2. CTE (Central de Trabajadores Ecuatorianas) unter dem Einfluß der moskau-treuen KP Ecuadors;

3. CEOSL (Central Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres), Ableger der ORIT (Organizacion Interamericana de Trabajadores), hauptsächlich von nordamerikanischen Gewerkschaften unterstützt und Schöpfung der kennedyschen „Allianz für den Fortschritt" (Gründungsjahr: 1963).

Seit 1971, dem Jahr, in dem Ecuador als Erdölförderland in Erscheinung tritt und kurz darauf der OPEC beitritt, ist ein verstärkter Druck der vor allem US-amerikanischen Ölgesellschaften (Texaco-Gulf) auf die ecuatorianische Innenpolitik festzustellen. Die gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse gewinnen an Bedeutung, vor allem nach 1972, als die Militärregierung Rodriguez Lara mit einer vorsichtig nationalistisch orientierten Erdölpolitik die Unterstützung der städtischen Arbeiter sucht.

1974 teilt sich die CEOSL in einen schwächeren proimperialistischen und einen stärken sozialdemokratischen Flügel, letzterer mit der erklärten Absicht, die einheitliche Stoßrichtung gemeinsam mit den beiden anderen Gewerkschaftszentralen auszubauen.

Nach einigen Beispielen von Aktionseinheiten, vor allem der nationale Generalstreik unter Beteiligung aller organisierten Arbeiter am 13. November 1975, und der erwähnten Tendenz zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft („CUT") beginnt sich innerhalb der CEDOC ein ähnlicher Spaltungsprozeß zu entwickeln.

Die CEDOC, 1938 gegründet, ist die älteste Gewerkschaft Ecuadors. Bis heute hat das letzte „C" im Kürzel drei verschiedene Interpretationen gefunden, von „catolico" unter dem Einfluß der Konservativen Patei über „cristiano" etwa 1965, als mit der Gründung der christdemokratischen Partei die Gewerkschaft unter deren Einfluß gerät, bis zu „clasista" — ein schwer zu übersetzender Begriff, der sowohl „klassenkämpferisch" wie „ständisch" bedeuten kann. Die Christdemokratische Partei (PDC — Partido Democrata Cristiano) kann als europäisches Exportprodukt betrachtet werden; ein realer Machtfaktor ist sie bis heute in Ecuador nicht geworden. Dennoch ist ihre Einflußnahme auf die Gewerkschaften nicht unbedeutend:

1969 wird ein erster Kooperationsvertrag zwischen dem IIS (Institut für Internationale Solidarität — Konrad-Adenauer-Stiftung) und der CEDOC bzw. den ihr angegliederten Dienstleistungs- und Bildungsinstitutionen abgeschlossen. Von da an fließen jährlich etwa DM 600000.— in die CEDOC, deren Organisationsapparat folglich auf die stetige Unterstützung hin ausgerichtet wird. Einige der ecuatorianischen Kader nehmen an Seminaren in der Bundesrepublik teil usw. Isabel Robalino, PDC, Rechtsanwältin und „Gründerin" der zweiten Phase der CEDOC, versteht es, in allen formalrechtlichen Funktionen der Gewerkschaftsinstitution Fuß zu fassen. Sie vertritt z.B. die katholische Hilfsorganisation MISEREOR in Ecuador und erreicht darüber eine kontinuierliche Unterstützung für Projekte wie Beratung und Unterstützung von Kooperativen auf dem Lande, Kreditvergabe etc. (1,5 Mill. DM).

Die CEDOC vergrößert sich von da an stetig, vor allem durch die Einzelgewerkschaft der Bauern (FENOC — Federacion Nacional de Organizaciones Campesinas), die durch die Probleme der Landreform deutlich politisiert ist.

Zum Februar-Kongreß des Nationalrates der CEDOC 1976, auf dem zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaft eine umfassende Strategie entwickelt werden sollte, lud der Präsident der CEDOC, Jorge Cuisana, den Führer der CLAT, Emilio Maspero, ein. Die CLAT mit Sitz in Caracas/Venezuela (Confederacion Latinoamericana de Trabajadores, Mitglied im Internationalen Gewerkschaftsbund) wurde 1954 als CLASC mit antikommunistischen Vorzeichen gegründet und ist auf kontinentaler Ebene Hauptvertreter des „Dritten Weges". Sie gilt als wesentlich am faschistischen Putsch in Chile beteiligt; von einem ihrer Theoretiker, dem früher in Chile tätigen belgischen Jesuitenpater Roger Vekemans, wurde z.B. bekannt, daß er in den vergangenen Jahren mehr als 10 Millionen US-Dollar von der CIA für den „antikommunistischen Kampf in Lateinamerika" erhalten und wohl auch verwendet hat.

Dies in Verbindung mit der in Ecuador seit längerem kursierenden Information über CIA-Kontakte der Isabel Robalino (Philip Agee, C.I.A.-Diary: Inside the Company, London 1974) trug zu einer Zuspitzung der Kämpfe der christdemokratischen und der unabhängig-sozialistischen Fraktion innerhalb der CEDOC bei. Als Maspero auf undemokratische Weise versuchte, eine von ihm verfaßte antikommunistische Erklärung in das vom Nationalrat im Februar 1976 bereits verabschiedete Strategie-Papier einzubringen, erfuhr er bzw mit ihm Präsident Cuisana ebenso wie Isabel Robalino starken Widerstand.

Im April 1976, nach einer Reihe kleinerer Vereinnahmungsversuche durch die Christdemokraten, reicht Präsident Cuisana ein Rücktrittsgesuch ein wegen „ideologischer Unvereinbarkeit". Der darüber zu befindende Nationalrat der CEDOC nimmt den Rücktritt auf seiner außerordentlichen Sitzung am 15. Mai 1976 an und setzt den Generalsekretär der CEDOC und Präsidenten der FENOC, Emilio Velasco, als Interimspräsidenten ein. Es beginnt eine wütende Pressekampagne mit folkloristischem Einschlag: marxistisch-leninistisch-maoistische Studentenbanden hätten mit dem Ruf „Niemand verläßt lebend den Raum ohne seine Unterschrift" und weiterer Androhung von Gewalt 28 Mitglieder der Versammlung in kürzester

Zeit gezwungen, dem Rücktrittsgesuch zuzustimmen (Abstimmungsergebnis 28 : 15 : 2).

Der Nationalrat beschließt auf der gleichen Sitzung mit Mehrheit, Isabel Robalino und zwei von ihr lanciertee Direktoren des Bildungsinstitutes INEFOS abzusetzen.

Es wird in diesem Moment klar, daß die bisherige Organisationsstruktur der Gewerkschaft ganz eindeutig den Vermittlern der finanzeillen Ressourcen, den Christdemokraten, dient. Die Kanäle des Geldzuflusses in Quito sind Isabel Robalino und ein kleiner Kreis von Direktoren der geschaffenen Institutionen, unter ihnen im übrigen auch Vertreter der ecuatorianischen Bischofskonferenz (Bildung, Landwirtschaft, städtischer Bereich), in Caracas ist es die CLAT Emilio Masperos bzw. der dort angegliederte kontinentale Zusammenschluß der Bauerngewerkschaften, FCL (Federacion Campesina Latinoamericana). Durch direkte Intervention des Vertreters von MISEREOR ist in diesen Tagen dann auch eine CEDOC-nahe Institution, die sich mit städtischen Problemen befaßte, aufgelöst worden.

Die legale CEDOC ist von nun an aller finanziellen Unterstützung der bisherigen Machart beraubt.

JUNGER BASKE VON DER GUARDIA CIVIL ERSCHOSSEN

EUSKADI(ID/LIBE)
10. September

Ein junger Mann von 22 Jahren, Jesus-Maria Erasun, wurde am Mittwoch abend den 8. September von der Guardia Civil erschossen, die in dem kleinen Dorf Fuentarrabia das Feuer auf Demonstranten eröffnet hatte, wobei noch weitere Personen leicht verletzt wurden. Kurz nach 23 Uhr hatte sich eine spontane Demonstration von etwa 1000 Personen gebildet, die die sofortige Befreiung von „Pertur" forderte, einem Mitglied der ETA, das seit dem 27. Juli „verschollen" ist. Nach Bekanntwerden des Vorfalls wurde das Dorffest wegen des Trauerfalls sofort abgebrochen und alle Händler schlossen ihre Läden.

Der am nächsten Dienstag (13. September) von den Arbeiterkommisionen ausgerufene Generalstreik wurde in den beiden baskischen Provinzen Biskaya und Guipuzcoa weitgehend befolgt. In Setao und Bassaum, zwei Industrievororten von Bilbao, kam es dabei zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei, als die Polizei mit Hartgummigeschossen und Tränengas Barrikaden zu beseitigen und die Streikenden auseinander zu treiben versuchte. Dabei gab es mehrere Verletzte und Dutzende von Verhaftungen. In Guipuzcoa fiel der Streiktag mit dem vierzigsten Jahrestag der Eroberung San Sebastians durch die Franco-Truppen zusammen.

AUCH BABIES WERDEN IN ARGENTINIEN VERHAFTET

BUENOS AIRES (ID)
23.September

Die argentinische Zeitung 'La Nacion' aus Buenos Aires berichtete am 8.9.76 über den Tod von 8 Guerillakämpfern bei 4 verschiedenen militärischen Operationen in verschiedenen Städten des Landes.

In Lomas de Zamora, in der Nähe von Buenos Aires, umzingelten Streitkräfte der Armee das Haus von Federico Aleman und seiner Frau Soledad Schjaer Gonzalez-Aguilar und forderte sie auf, sich zu ergeben. Federico Aleman, seine Frau und ein weiterer, namentlich nicht genannter Angehöriger einer Guerilla-Organisation nahmen den Kampf auf, da sich ergeben für sie Folter und anschließenden Tod bedeutet hätten. Sie wurden im Kampf erschossen.

Wie Angehörige der Gefallenen, die in der BRD und Spanien leben, aus mehreren zuververlässigen Quellen (die aber zu ihrem Schutz anonym bleiben müssen) erfahren konnten, gelang es einer 74-jährigen Frau, Angeles Martinez Garcia, die seit ihrer Geburt bei der Familie lebt (sie ist spanische Staatsangehörige), mit den beiden Söhnen von Federico Aleman (18 Monate, bzw. 6 Monate alt) vor dem Feuergefecht das Haus zu verlassen; sie wurden in einem Armeefahrzeug abtransportiert.

Bis heute war über das weitere Schicksal der Frau und der Babies nichts zu erfahren (die Angehörigen versuchten es unter anderem über die spanische Botschaft) ; Angeles Martinez Garcia wird wohl gefangengehalten, um sie zu Aussagen über Kontakte usw. der Eltern der Kinder zu zwingen. Ob die Kinder noch bei ihr sind, ist ungewiß. Es ist lediglich sicher, daß sie noch in den Händen der Repressionskräfte sein müssen. A.M. Garcia ist Analphabetin, in schlechter gesundheitlicher Verfassung und war niemals in irgendwelche politischen Aktivitäten verwickelt. Aufgrund ihres hohen Alters, der psychischen Belastung durch den Tod der Eltern der Kinder und durch mögliche Folterungen, die in Argentinien in solchen Fällen üblich sind, rechnen die Angehörigen mit dem Tod von A.M.Garcia, wenn sie noch länger gefangengehalten wird.

Wir versuchen über Informationen von Amnesty International, Lateinamerika-Gruppen usw., etwas über das Schicksal von A.M.Garcia und der beiden Kinder zu erfahren und ihre Freilassung zu erreichen. Ihr könnt ihnen auch helfen, indem ihr Briefe an die argentinische und spanische Botschaft schickt, und zeigt, daß auch in der BRD ein Interesse an ihrem Schicksal besteht und daß uns die Verbrechen in Argentinien nicht gleichgültig sind.

Kontakt über ESG-Bochum,Querenburger Höhe 287,
4630 Bochum.

Argentinische Botschaft, Adenauer Allee 50,5300 Bonn

Residenz des span. Botschafters, Kaiserstraße 7, 5300 Bonn

MILITÄRS IN PERU AUF DEN SPUREN PINOCHETS

LIMA/WESTBERLIN (ID)
20. September

Vorbemerkung: Es handelt sich hier um ein Dokument vom 27. August, das aus Peru stammt und auch innerhalb der Militärs zirkuliert, da jetzt auch reformerische Offiziere von der Repression erfaßt werden.

1.
Peru steht vor dem Bankrott, in einer rezessiven Wirtschaftkrise. Die Militärdiktatur, die von Prsäident Morales Bermudez und vom Premierminister Arbulu Gallieni angeführ t wrid, ist entschlossen, Peru vor der Krise zu retten: indem sie das Land völlig dem nordamerikanischen Imperialismus ausliefern und das Gewicht der Krise den Arbeitern aufbürden.

Um diese Politik anzuwenden ,muß die Militärdiktatur notwendigerweise mit den demokratischen Rechten Schluß machen und die fortschrittlichen, patriotischen und demokratischen Kräfte des Volkes unterdrücken. In der augenblicklichen Situation bedeutet das: mit den Organisationen und dem Grad der Mobilisation, die durch den Kampf des Vokes für das Volk erreicht wurden, muß Schluß gemacht werden.

2.
Die Militärdiktatur hat einen ausgearbeiteten Repressionsplan, dessen direkte Urheber der General Juan Schroth Carlin (Leiter des Nationalen Geheimdienstes und bekannter CIA-Agent) und Hauptmann Vladimiro Montasino-Torres, der innerhalb des Heeres Spionalgedienste und Verrat leistete, und der heute Sekretär des Beratungskomitees des Premierministers ist. In Zusammenhang mit den Vorgängen um vier patriotische Offiziere wurde der repressive Plan bekannt. (Anm.: u.a. handelt es sich bei den Offizieren um die im Brief von den Ehefrauen genannten). Der Inhalt dieses Briefes ist hier in wesentlichen Punkten wiedergegeben:

a) Ziel:
Die in Gewerkschaften, linken Parteien, fortschrittlichen Zeitschriften etc. gruppierten und organisierten Kräfte zu unterdrücken. Auch die Patriotischen Teile des Militärs sowie die Offiziere, die sich als „Junge Offiziere" bezeichnen, sollen ebenso wie die fortschrittlichen Kräfte der Kriche unterdrückt werden.

b) Etappen:
1. Die Organisationen der Kämpfe des Volkes sollen lahmgelegt werden. Umdas zu erreichen, herrscht seit dem 1.7.76 der Ausnahmezustand, der die Grundrechte außer Kraft setzt. In diese Maßnahmen eingeschlossen sind das Verbot jeglicher Form der Arbeitsniederlegung, des Streiks, des öffentlichen Protestes. Hinzu kommen die ständigen Patrouillen und die Schaffung eines Terror-Klimas, zu dem nicht nur die nächtliche Ausgangssperre, sondern auch die dabei verübten Morde beitragen. Die Zahl der Toten übersteigt inzwischen hundert Menschen.
2. Unterdrückung, Neutralisierung und Zerstreuung der patiotischen Teile innerhalb der Streitkräfte. In der Woche vom 18. bis 25.7.76 wurden mindestens fünf Offiziere verhaftet, isoliert und gefoltert; die Zivilisten, die mit ihnen Kontakt hatten, wurden verfolgt. Die Reihen der früher die reformerische Regierung von Ex-Präsident Velasco unterstützt hatten, werden gesäubert.
3. Die aufflammenden Volksaufstände müssen erstickt werden; dafür wird die ausgesuchte Repression eingesetzt: der unbefristete Streik in Pucala wurde durch Truppeneinheiten beendet. In Centromin (großer, verstaatlichter Minenkomplex) wurden die Arbeiter provoziert und daraufhin ihre Gewerkschaftsführer verhaftet. In der Fabrik „Nylon-Vitarte" wurden Massenentlassungen vorgenommen, und zur Aufrechterhaltung der Produktion besetzten Überfallkommandos der Polizei die Fabrik, Polizeieinsätze an den Universitäten mit Durchsuchungen, Verhaftungen und Mord an Studentenführern, wie zuletzt bei der Technischen Universität Lima, wo 200 Studenten verhaftet wurden.
4. Der Militärische Geheimdienst aktualisiert und erweitert seine Archive und Spitzeldienste; Krankenhäuser und Gefängnisse werden darauf abgestimmt, eine große Anzahl von Gefangenen aufnehmen zu können.
5. Eine schnelle und blutige Repressionsaktion gegen Arbeiter und Voksführer, einschließlich der fortschrittlichen Kräfte, die die Reformregierung (unter Velasco) unterstützten, wird vorbereitet.

c) Der allgemeine Vorwand:
Um das gesteckte Ziel mittels dieser Etappen zu erreichen, wurde schon vor dem Schlag vom Juli ein Vorwand vorbereitet. Er besteht in einer plumpen Kopie des Vorwands, den auch Pinochet benutzte,und wurde inZusammenhang mit der Affäre um die verhafteten Militärs offenkundig. Wie die Frauen der Verhafteten in einem offenen Brief an den peruanischen Kardinal schreiben, wurden die verhafteten Offiziere beschuldigt, „den Versuch unternommen zu haben, die Regierung zu stürzen, die hohen militärischen Amtsträger umzubringen und die Bevölkerung durch Verteilung von Waffen zur Begehung von subversiven und aufständischen Aktionen herauszufordern." Dieser Vorwand ist der Leitfaden für die Repressionswelle.

d) Der Stand der Anwendung des Repressionsplans:

1. Annullierung der Grundrechte: im Zuge dieser Maßnahme sind bisher mehr als 100 Tote zu beklagen. Nicht nur einer wurde „zur richterlichen Legalisierung" und zur Einschüchterung der Bevölkerung auf der Straße liegengelassen.

2. Es findet eine wütende Verfolgung progressiver Kräfte, speziell der politischen und gewerkschaftlichen Führer statt. (Anmerkung: ein Großteil der Gewerkschaftsführung der Lehrer (SUTEP) des südlichen Teils von Peru sind eingesperrt, alle Gewerkschaftsführer der Bauerngewerkschaft CCP werden von der Polizei gesucht. Fast alle Gewerkschaftsführer der Minengewerkschaft sind verhaftet, die aufgrund einer großen Solidaritätsaktion, speziell auch in Frankreich aus dem Urwaldgefängnis entlassenen Anwälte – Rechtsberater verschiedener Gewerkschaften – sind außer Landes verwiesen, der amnestierte Bauerngewerkschaftsführer Hugo Blanco wurde wieder aus dem Land ausgewiesen etc. etc.)

Verhaftung, Isolierhaft und Folter an Offizieren: Major José Fernandez Salvateci und Hauptmann Eloy Villacrez R., Hauptmann Luis Portelli und Leutnant Denis Arias.

Ausweisung von Hugo Blanco (Bauerngewerkschaft CCP) und dem juristischen Berater Ricardo Diaz Chavez.

Durchsuchung von Pfarrbüros in Elendsvierteln unter dem Vorwand, Waffen zu suchen. Einschüchterung des fortschrittlichen Klerus, speziell in Arbeiter- und Elendsvierteln.

Verfolgung des Präsidenten des peruanischen Journalistenverbandes, Rafael Roncagliolo, Entführung des früheren SINAMOS-Angestellten Alfredo Filomeno, Entführung von Familienangehörigen Roncagliolos, Durchsuchung ihrer Wohnungen.

Zwischen dem 9. und 15.August Verhaftung von mehr als 20 führenden Gewerkschaftlern von CENTROMIN.

Verhaftung des ehemaligen Sekretärs des Zentrums der Medizinstudenten der Universität von San Marcos, Max Cardenas und seiner Frau.

Gleichzeitige Durchsuchung der Ingenieuruniversität und von 50 Studentenwohnungen durch Politische Polizei und Guardia Civil unter Leitung der Militärs. Verhaftung von mehr als 200 Studenten und Studentenführern, unter ihnen der Sekretär der Universitätsorganisation, Caceres.

Unmittelbar nach den Ereignissen an der Ingenieuruniversität wurden am 23.8.76 durch die Überfallkommandos der Polizei die Universitätsstadt und die medizinische Fakultät San Fernando an der Universität San Marcos besetzt, wobei die Repressionskräfte mit Maschinenpistolen usw. ausgerüstet waren und etwa 100 Studenten verhaftet wurden.

Verfolgung von Arbeiterführern: Colchado von FESIDETA (regionaler Arbeitergewerkschaftsbund von Ancash), Silva,; von der Bergbaugewerkschaft von „Cerro Verde", Andres Luna Vargas und Alama von der nationalen Bauerngewerkschaft CCP.

Entführung von zwei Arbeiterführern der Metallbranche, der Betriebsgewerkschaft von NISSAN durch die Polizei: Aullen und Urquiaga (die Referenten für Organisationsfragen sind.) Sie bleiben zwei Wochen lang verschwunden.

Verhaftung von Carlos Urrutia, Direktor der geschlossenen Wochenzeitschrift MARKA, er wurde inzwischen wieder freigelassen, seine Familie aber weiterhin stark unter Druck gesetzt.

Alle fortschrittlichen Presseorgane werden geschlossen und erhalten keine Papierzuwendungen mehr, während rechte Zeitschriften wieder erscheinen. Gewerkschaftslokale wurden durchsucht und zerstört – bei CENTROMIN und der Fischereigewerkschaft in Chimbote.

FRANZÖSISCHER GEWERKSCHAFTER IN MAROKKO GEFOLTERT

MAROKKO(ID/LIBE)
17. September

Nach Angaben der französischen Gewerkschaft CFDT erhielt einer ihrer Gewerkschafter, ein marokkanischer Arbeiter auf einem großen Weingut im Herrault, ein Telegramm, in dem der Tod seines Vaters gemeldet wurde. Als der sofort abreisende Arbeiter zuhause in Marokko ankam, fand er nicht nur seinen Vater bei bester Gesundheit vor, sondern auch die Polizei, die ihn sogleich mitnahm. Auf dem Revier wurde er elf mal mit Elektrizität gefoltert, sowie durch untertauchen in eisiges Wasser. Er wurde ausschließlich über den Streik der Landarbeiter im Herrault vom letzten Jahr befragt, wobei ihm Akten mit Photos und Namen von französischen und imigrierten Gewerkschaftern vorgelegt wurden, die nur in Frankreich bearbeitet worden sein konnten. Der gefolterte Gewerkschafter war schon in Frankreich Ziel von Übergriffen der Polizei gewesen, die seine CFDT-Mitgliedskarte vor seinen Augen zerissen haben. Der internationale Terrorismus weitet sich aus.

RÜCKBLENDE

SCHWEIZ (ID/ZD)
August

3.8. KONZENTRATION GEHT WEITER. Motosacoche SA (gehört zur Charmilles) übernimmt die britische Motorenfabrik Villiers Engines in Wolverkampton.

4.8. KONZENTRATION GEHT WEITER. Die Industrie Graphique Racine in La Chaux-de-Fonds kauft die dortige Fiedler Cassina. Von den 41 Arbeitern übernimmt die IGR 21, der Rest wird entlassen.

6.8. KANTON ZÜRICH VERLETZT MENSCHENRECHTE. Mit einer Petition an den Züricher Regierungsrat hat ein Komitee aus der Bundesrepublik gegen die Verletzung der Menschenrechte in den Gefängnissen protestiert.

9.8. STREIK BEI DUBIED IN COUVET. Die Arbeiter der Strickmaschinenfabrik Dubied haben die Arbeit niedergelegt, um gegen die vertragswidrige Streichung des 13. Monatslohnes zu protestie-

10.8. DUBIED-FILIALE IN MARIN BESETZT. Nach den Arbeitern in Couvet haben jetzt auch die in der Filiale von Marin die Arbeit niedergelegt und dem Betrieb zudem besetzt.

10.8. GENFER POLIZEI BESETZT FRAUENZENTRUM. Die Polizei hat das Cafe im Genfer Quartier „Des Grottes" geräumt, das Frauen am 1. Mai besetzten, um dort ein Frauenzentrum einzurichten. Bei der „Räumung" wurde das Lokal, das der Stadt gehört, von der Polizei erheblich beschädigt. (Zur Zeit der Räumung befanden sich keine Frauen im Lokal.) Siehe auch Rückblende Mai und Juli.

11.8. SCHWEIZER KAPITAL HILFT CHILENISCHEN FASCHISTEN. Die Genfer Firma Air Maintenance hat sieben westdeutsche Hubschrauber, die von ihr mit zusätzlicher Ausrüstung versehen wurden, an die faschistische Diktatur von Chile geliefert. Die Helikopter fallen nicht unter das schweizerische Kriegsmaterialgesetz, da sie „zu mehreren Zwecken" dienen können. Die westdeutsche Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) preist die Maschinen als für Erd- und Nahkämpfe geeignet an.

12.8. GENFER FRAUEN SCHLUGEN ZURÜCK. Mit Ziegelsteinen, mit denen der Eingang zur Stadtverwaltung zugemauert wurde, haben die Genfer Frauen gegen die gewalttätige Räumung des Frauenzentrums protestiert (siehe 10. Sept., sowie Mai- und Juni-Rückblende).

13.8. PROTEST GEGEN SUDAFRIKA-AUSSTELLUNG IN BERN. Die Gruppe „Befreiung der Völker Afrikas" hat in der Berner Schulwarte Molotowcocktails deponiert. In dem Gebäude wird eine Ausstellung gezeigt, die unter dem Patronat der Botschaft steht. Der Schaden beträgt rund 30000 Franken.

15.8. LOHNKÜRZUNGEN BEI GREINER IN LANGENTHAL. Für 360 der rund 400 Arbeiter werden absofort Löhne und Arbeitszeit um 20 Prozent gekürzt. Die restlichen 40 werden entlassen.

17.8. CHILE-KOMITEE PROTESTIERT GEGEN HELI-LIEFERUNG. Das „Komitee zur Unterstützung des chilenischen Volkes" hat in einem Brief an den Bundesrat gegen die Unterstützung der faschistischen Diktatur in Chile protestiert, die ermöglicht wird durch die „Lücken" im schweizerischen Kriegsmaterialgesetz.

17.8. DIE KONZENTRATION GEHT WEITER. Die Buchbinderei Papyria in Glattbrugg wird von der Buchbinderei Eibert AG in Eschenbach übernommen. Von dieser Maßnahme – das Unternehmen spricht von „Vernunftehe" – sind 35 Arbeiter betroffen. Ihnen wurde eine Weiterbeschäftigung in dem rund hundert Kilometer entfernten Unternehmen „angeboten".

17.8 BUNDESGERICHT KRITISIERT ZÜRICHER GEFÄNGNISORDNUNG. Die Ordnung, derzufolge der Beizug eines fremden Arztes nur in Notfällen gestattet werden soll, sei „zu eng" gefaßt. Dies heißt es in der Erklärung des Bundesgerichts in der Ablehnung einer Beschwerde von Petra Krause, die die freie Wahl eines Arztes verlangt hatte.

19.8. BERNER STUDENTEN SOLIDARISCH MIT AUSLÄNDERN. Wie die Zürischer, so werden künftig auch die Berner Studenten pro Semester mit 5 Franken ausländischen Flüchtlingen eine Studienbeihilfe gewähren. Diese Aktion wurde notwendig, nachdem die Zürischer Stimmbürger auf Initiative der Nationalen Aktion einen entsprechenden Kredit ablehnten. (Siehe Juli-Rückblende.)

20.8. 350 ARBEITER BEI VON ROLL AUF DER STRASSE Nachdem sich die Ertragslage im ersten Halbjahr „drastisch verschlechtert" hat, entläßt von Roll in ihren verschiedenen Werken 350 Arbeiter. Im Juli war das Management ausgewechselt worden. Bereits in den vergangenen zwei Jahren waren rund 900 Arbeiter entlassen worden.

21.8. BASLER FRAUEN FORDERN FRAUENZENTRUM. Mit einer Petition an die Basler Regierung wird ein Frauenzentrum gefordert, für das der Kanton Räumlichkeiten zur Verfügung stellen soll.

23.8. SP-POLIZEICHEF HILFT RECHTEN WÜHLERN' Der deut deutsche rechtextreme Friedrich Grau, der in Schaffhausen im März 1976 ein Betriebsschutz-Seminar durchführte, hatte angeblich im Gegensatz zu früheren Meldungen, doch eine Rednerbewilligung Das bedeutet, daß sich Grau im Einverständnis mit dem Schaffhauser Polizeidirektor Paul Harnisch (SP) in schweirerische Angelegenheiten einmischte.

23.8. HOFER-CLUB VERLETZ POLIZEI-VORSCHRIFTEN. Die „Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung" (SFRV) hat den ultrarechten ZDF-Moderator Gerhard Löwentahal in Zürich für den Radio- und Fernsehartikel sprechen und gegen die Linke hetzen lassen. Löwenthal besaß eine Rednerbewilligung (siehe auch 23. September).

27.8. ATTACKE VON SP UND BÜRGERN GEGEN OLTENER JUGENDZENTRUM. Der Leiter des Jugendzentrums wird abgesetzt, weil er von einer Vollversammlung des Jugendzentrums gewählt wurde, an der auch Nicht-Oltener teilnahmen. Die Maßnahme muß im Zusammenhang mit der Wahl eines Beauftragten für Jugendfragen gesehen werden, der Mitglied der POCH ist und deshalb abgeschossen werden soll. (POCH = Progressive Organisation der Schweiz).

27.8. 65 ARBEITER AUF DER STRASSE. Die Uhrenfabrik Belvil, Solothurn, macht zu. Davon werden in Solothurn und im Wallis insgesamt 65 Arbeiter betroffen. Bereits im Juli hatten zehn Arbeiter eine Viertelstunde vor Beginn der Ferien ihre Kündigung erhalten.

28.8. NATIONALE UNTERSTÜTZUNG FÜR DUBIED-ARBEITTER. An einer Kundgebung in Neuenburg nahmen über 3.000 Personen aus der ganzen Schweiz teil.

30.8. ZENSUR AM ZÜRCHER NEUMARKT–THEATER. Dem Theater wurde ein Kredit von 10.000 Franken verweigert, der für ein Stück von Meienberg über die Auseinandersetzung zwischen General Guisan und Ulrich Wille bestimmt war. Im Verwaltungsrat des Theaters sitzen, neben Sigi Widmer, unter anderem auch Ex-SP-Gemeinderat Alfred Messerli und Hoff-Roche-Direktor Alfred Hartmann.

31.8. 200 ARBEITER IN GRÜNINGEN AUF DER STRASSE. Die M+D-Klima-Holding kann die Löhne nicht mehr zahlen, weil die Schweizreische Volksbank, angeblicher Hauptaktionär der Firma, anscheinend die notwendigen Gelder für Löhne und zur Sanierung des Betriebes nicht bewilligt hat.

31.8. 10 ARBEITER IN SOLOTHURN AUF DER STRASSE. Durch die Fusion der „Solothurner Nachrichten" mit „Vaterland" in Luzern werden sowohl Redakteure als auch technisches Personal in Solothurn überflüssig.

31.8. 14 ARBEITER IN KÜSSNACHT AUF DER STRASSE. Die Lederfabrik Kahn in Küßnacht am Vierwaldstättersee macht zu.

31.8. 21 ARBEITER IN GENF AUF DER STRASSE. Das Forschungsinstitut Betelle hat 21. Arbeiter aus Konjunkturgründen entlassen.

(aus: Zeitdienst Nr. 35/76)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

BALLADE VON SEVESO

Der zehnte Juli in Seveso
ist staubig und heiß und normal.
Da hat wohl mancher die Nase voll
und hat doch keine Wahl:
Entweder du gehst in die Fabrik,
hast das Risiko und – das Moos,
Oder dir ist dein Leben lieb,
dann bist du arbeitslos ...
Das ist die Welt von Seveso
– zehn Stunden von hier entfernt –
Und alle Welt kennt heut Seveso
Was haben wir draus gelernt?

Da hängt eine weiße Wolke
im Himmel von Seveso,
Die kommt aus der La Roche-Chemie
und fällt auf Seveso:
Ein Giftstaub fällt vom Himmel
auf Mensch und Frucht und Tier,
Da ist der Tod von Vietnam
auf einmal unser Bier!
Dann stirbt die Welt von Seveso
– zehn Stunden von hier entfernt –
Und alle Welt schaut auf Seveso.
Was haben wir draus gelernt?

Da war doch gestern eine Stadt,
die heißt heut „Niemandsland"
Das Leben wurde stillgelegt,
der Boden wird verbrannt.
Die Menschen stehn am Stacheldraht
mit Trauer und Angst und Wut,
Und wir fragen uns vor Fessenheim:
Wie lang gehts bei uns noch gut?
Wie weit ist eigentlich Seveso?
– zehn Stunden von hier entfernt –
Wir schaun erschrocken auf Seveso.
Was haben wir draus gelernt?

Wir sehen die Frauen von Seveso
nicht in Hoffnung, sondern Not.
Wie werden ihre Kinder sein?
Bloß Krüppel? Oder tot?
Der Erzbischof von Mailand treibt
mit ihnen seinen Spott:
„Die Krüppel macht euch nicht LA ROCHE,
die Krüppel schenkt euch Gott!"
Das ist der Trost für Seveso
– und Gott ist weit entfernt –
Der Bischof betet für Seveso,
sonst hat er ja nichts gelernt.

In Zürich der Boß von HOFFMANN-LA ROCHE
gewährt ein Interview,
Er sagt: „Was soll denn das Geschrei
wegen einer toten Kuh?
Paar Hektar kaputt, paar Leute krank,
paar Krüppel – vielleicht –, na und?
Ich stopf der Bagage in Seveso
mit ein paar Lire den Mund."
Dann wird die Akte „Seveso"
von seinem Tisch entfernt,
Der Boß zieht den Strich unter Seveso
der hat sein Geschäft gelernt.

Da reden die Herren der Industrie
vom Fortschritt und seinem Preis
Sie halten den Kurs auf Macht und Geld
und halten die Weste weiß
Und gibt's Katastrophen und gibt's auch Krieg
für die ist das egal
Es geht nicht um uns aus Fleisch und Blut
es geht ums Kapital.
Es geht denen nicht um Seveso
das ist ein kleiner Fisch
Und sowas fällt dann sowieso
bei denen untern Tisch.

Ich steh an der Brücke von Marckolsheim
und schau hinüber nach Wyhl
Da kämpfen wir schon sechs Jahre lang
und manchem wird's zuviel.
Doch viele haben begriffen: Hier
steht alles auf dem Spiel.
Entweder das Leben oder Profit
das ist der Sinn von Wyhl.
Das ist der Sinn von Seveso
– zehn Stunden von hier entfernt –
War's für die Katz in Seveso?
Oder haben wir was gelernt?

**(Text: Walter Mossmann, Musik: Phil Ochs
August 1976)**

